

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
18. März 1912

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Klara Zeffin (Zumbel), Wilhelmshöhe,  
Post Vegerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Märzenstürme. Von R. Luxemburg. — Für Opfer der Klassenjustiz im Zarenreich. Von Alexandra Kollontaj. — Die Feuerung. (Für die Les- und Diskussionsabende.) Von Käthe Dunder. — Der deutsche Frauentongress. Von Mathilde Wurm. — Berufsfragen vor dem bürgerlichen Frauentongress. Von g. h. — Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württembergs. I. Von m.  
Aus der Bewegung: Eine Miesendemonstration der Berliner Genossinnen für den Sozialismus. Von Luise Fieg. — Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Erfolge gewerkschaftlicher Arbeiterinnenkonferenzen. Von a. e. — Aus der Holzindustrie. Von Sk. — Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Von sch.  
Notizenteil: Diensthofenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Staatsrechtliche Stellung der Frau. — Frauenstimmrecht.

## Märzenstürme.

Wenn die Proletarier je im Wust der Tagespolitik den Maßstab für große und kleine Dinge verlieren, wenn sie je im Staube der ideo Lebensstraße ermatten und für einen Augenblick an ihrer Kraft verzweifeln sollten, so gibt es ein sicheres Mittel, diese Stimmung zu überwinden: es ist das ein Blick auf die zurückgelegte Strecke ihres geschichtlichen Weges, auf der wie große Marksteine die wichtigsten revolutionären Waffengänge des Proletariats stehen. Die Arbeiterklasse hat auch allen Anlaß, ihren geschichtlichen Erinnerungstagen immer wieder ernste Aufmerksamkeit zu schenken. Sind sie doch für uns das große Lehrbuch, das uns Wegweiser für den weiteren Vormarsch gibt, aus dem wir lernen, alte Fehler zu vermeiden und neue Illusionen zu zerstören. Denn nur durch beständige Selbstkritik, durch das Besinnen auf sich selbst vermag die proletarische Masse ihren großen Klassenkampf und ihre großen Ziele zum Siege zu führen. „Bürgerliche Revolutionen,“ schrieb Karl Marx vor 65 Jahren, „wie die des achtzehnten Jahrhunderts stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Regenjammer erfäßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Laufe, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnern grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafte ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Hie Rhodus, hie salta! Hier ist die Rose, hier tanze!“

Der 18. März ruft zwei historische Ereignisse in Erinnerung, die für die internationale Arbeiterklasse wie zwei loderbende Fackeln die Strecke des letzten halben Jahrhunderts beleuchten: die Revolution von 1848 und die Pariser Kommune von 1871. Die deutsche Revolution, die mit dem 18. März ihre siegreiche Schlacht auf den Straßen Berlins geschlagen hatte, ist eine einzige große Lehre vom Bankrott des bürgerlichen Liberalismus. Am 18. März hatte die Arbeiterklasse mit Selbstenmut auf den Barrikaden die alte feudale Monarchie geschlagen, hatte sie die Bahn gebrochen für eine fortschrittliche demokratische Entwicklung Deutschlands, für die deutsche Einheit, für die deutsche Republik, für das allgemeine gleiche Wahlrecht in Preußen. Was ist von alledem zur Wirklichkeit geworden? Nichts! Die Bajonette Brangels, die Rückkehr der geschlagenen Junkerherrschaft, die Konterrevolution und die bleierne Kirchhofsrube der fünfziger Jahre in Deutschland und dann in den siebziger Jahren die Karikatur der deutschen Einheit in Gestalt der neuen deutschen Reichsherrschaft, mit einer Karikatur der Volksvertretung in Gestalt des heutigen Reichstags — als Geschenk aus den blutigen Händen Bismarcks, geboren unter dem Fluche des modernen Militarismus —, das waren die Ergebnisse niederträchtigen Verrats der liberalen Bourgeoisie, die schon am Tage nach dem Siege der Berliner Arbeiter hinter deren Rücken ein Teufelsmehel mit der Reaktion begann. Schon damals war den Vätern der heutigen Fortschrittler und Nationalliberalen das schimpfliche Joch des Junkerregimentes auf eigenem Nacken lieber als der Anblick des steifnackigen revolutionären Ungeheuers der Proletariermassen; schon damals hatten sie ihren historischen Beruf darin gefunden, sich von Proletarierhänden Kastanien aus dem Feuer der Reaktion holen zu lassen und im gleichen Augenblick die Helfer in der Not an dieselbe Reaktion für einen Judaslohn zu verkaufen. Und doch waren damals die liberalen Bourgeois in Deutschland die Herren der Situation, die berufenen Führer der Volksmasse, denn noch war der Miese Proletariat ein Knabe, unbewußt seiner Kraft und seiner Ziele, und noch standen an der Spitze des Liberalismus Männer, die sich bei all ihrer Feigheit und Jämmerlichkeit selbst als Schatten noch neben dem heutigen Geschlecht wie Miesen ausnehmen. Und von diesen zwerghaften Enteln ihrer verräterischen Großväter, von diesen Deserteuren des Kampfes, die im Verlauf der ganzen späteren Geschichte von Stufe zu Stufe der Schmach und der Erniedrigung gesunken und bis aufs Mark der Knochen korrumpiert sind: von ihnen ausgerechnet sollte heute das deutsche Proletariat eine Waffenbrüderschaft im Kampfe mit der Reaktion erwarten? Heute, wo die Macht und das revolutionäre Klassenbewußtsein der Arbeiter die bürgerliche Welt mit Schrecken erfüllen, wo der Liberalismus von der Höhe seiner historischen Führerrolle ins Jammerthal des engen Daseins zwischen die zwei großen Mühlsteine der modernen Geschichte geraten ist: zwischen die Mühlsteine der Arbeit und des Kapitals? Ehe der deutsche Liberalismus von den Toten aufersteht, um die Welt mit dem Waffengeklirr seiner Ruhmestaten zu erfüllen, würden die

Märzgefallenen auf dem Friedrichshain in Berlin aus ihren Gräbern steigen, um uns das schlimmste Wort ins Gesicht zu schleudern: Ihr habt nichts gelernt und nichts vergessen!

Eine andere wichtige Lehre brachte die Geschichte im Monat März den kämpfenden Proletariern. Am 18. März 1871 ergriff das Pariser Proletariat die Macht in der Hauptstadt Frankreichs, die von der Bourgeoisie verlassen, von den Preußen bedroht war; es errichtete die Herrschaft der glorreichen Kommune. Zwei Monate bloß dauerte das friedliche, segensreiche Walten der Arbeiter am Ruder des Staates, der durch seine herrschenden Klassen in den Strudel verbrecherischer Kriegswirren und vernichtender Niederlagen gestürzt war. Die feige französische Bourgeoisie, die vor dem fremden Feind ausgerissen war, raffte sich schon im Mai auf, um im Bunde mit dem Feind den Kampf auf Tod und Leben gegen den „inneren Feind“ durchzuführen, gegen die Pariser Arbeiterschaft. In der „blutigen Maiwoche“ ging die proletarische Kommune zugrunde in furchtbarem Gemetzel, unter rauchenden Trümmern, unter Bergen von Leichen, unter Achzen Lebender, die mit Toten begraben wurden, unter trunkenen Orgien der rachedurstigen Bourgeoisie. Ein schmuckloser Rasen an der äußersten Mauer des marmorprunkenden Pariser Friedhofs Père Lachaise war alles, was in den ersten Jahren von der Kommune geblieben zu sein schien. Aber von diesem stillen Rasen erhob sich bald für die Proletarier beider Welten die große heilige Tradition und die mit dem Blute von Zehntausenden erkaufte Doppellehre: es gibt keinen Platz für die politische Herrschaft des Proletariats innerhalb der Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung; es gibt aber auch keine Möglichkeit, diese Bedingungen abzuschaffen, bis sie nicht ihre Reife erreicht haben. Nicht in lustigen Träumen von einer politisch ausschlaggebenden Stellung im heutigen Staate, dank irgend einer plötzlichen Wendung der Umstände, kann die Arbeiterklasse ihre Sache verfechten, sondern lediglich in ständiger revolutionärer Opposition gegen diesen Staat. Und wenn die Pariser Kommune durch die leuchtende Spur ihres kurzen Daseins wie ihres heldenhaften Untergangs für immer ein Beispiel geblieben ist, wie eine revolutionäre Volksmasse nicht vor der Ergreifung der Macht zurückschrecken darf, auch wenn die Stunde der Geschichte ihrer Macht weder Dauer noch Sieg beschieden hat, so ist sie zugleich ein überragendes Denkmal der unveröhnlichen Todfeindschaft zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und dem Proletariat, das nur ständig eingedenk seines tiefen Gegensatzes zur gesamten Bourgeoisie, nur im entschlossenen Kampfe gegen die gesamte Bourgeoisie seine geschichtliche Mission zu erfüllen vermag.

Seitdem hat die kapitalistische Entwicklung im Sturmschritt die Welt erobert. Auf dem Grabe der Kommune hat sich in Frankreich endgültig die dritte Republik befestigt, als unumschränkte Klassenherrschaft der Bourgeoisie, die in der Kolonialpolitik, im Militarismus, im Bündnis mit dem russischen Zarentum die ehemaligen Illusionen über den sozialistischen Charakter der bloßen republikanischen Staatsform begraben hat. Seit 1871 erst hat in Deutschland der Großkapitalismus in der Gründer- und Schwindelperiode seinen Einzug gehalten. Seitdem erst ist Rußland, das damals kaum die Leibeigenschaft abgestreift hatte, in seiner kapitalistischen Entwicklung mit Siebenmeilenstiefeln bis an den Ausbruch der großen Revolution geeilt. Seitdem erst sind die Vereinigten Staaten aus einem Agrarstaat zum Industriestaat ersten Ranges geworden. Seitdem erst hat England seine industrielle Alleinherrschaft auf dem Weltmarkt verloren. Seitdem erst hat die Kolonialpolitik und Weltpolitik die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, aber auch die Rebellion in alle Winkel der Erde getragen und das revolutionäre Erwachen des Orients heraufbeschworen.

Die Arbeiterklasse hat seitdem in allen modernen Staaten gelernt, die Waffe des Parlamentarismus zum täglichen Kampfe, zur eigenen Schulung, Aufklärung und Sammlung zu gebrauchen. Das kommunistische Manifest, das während der Märzrevolution erst geboren, während der Pariser Kommune selbst in Deutschland nur einer Handvoll proletarischer Kämpfer

ein Wegweiser war, ist seitdem zum Banner ungezählter Millionen in allen Ländern geworden.

Und heute, im März, treten wieder die Elementargeister des Klassenkampfes in seiner ganzen Größe auf die Bühne, nicht mehr in Barrikadenkämpfen allein offenbaren sich Blitze und Donnerrollen der Weltgeschichte, wie 1848 und noch 1871. Ein Streik der Bergarbeiter Deutschlands und Englands ist es, der heute die Welt in seinem Banne hält. Ein einfacher Gewerkschaftskampf, aber einer von jenen, die schon durch ihren riesenhaften Umfang, wie durch ihre grundlegende Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben der Gesellschaft die schlichte „Messer- und Gabelfrage“ zu einer sozialen und politischen Katastrophe im Staate gestalten. Hier, bei den Millionen Vergsslaven, die der kapitalistische Profit hunger zum unterirdischen Leben unter Qualen der Danteschen Hölle verurteilt hat, hier brodeln die vulkanischen Kräfte des Klassenkampfes in ihrer ungehemmten Grundgewalt. Jedesmal, wenn die Vergsslaven ihre Glieder recken, erzittert der Boden des kapitalistischen Staates. Und heute sind sie — Millionen an der Zahl — in den zwei höchstentwickeltesten kapitalistischen Staaten gleichzeitig an die Oberfläche gestiegen, um eine Abrechnung mit dem herrschenden Kapital zu halten. Es sind dieselben englischen Proletarier, die in den siebziger Jahren auf der Höhe der industriellen Welt Herrschaft Englands noch den Himmel voller Geigen sahen und mit der ausbeutenden Bourgeoisie schiedlich-friedlich auszukommen hofften. Es sind dieselben deutschen Bergarbeiter des Ruhrreviers, die noch 1889 in einer Abordnung an den deutschen Kaiser den Vater Staat um gütige Hilfe anflehten. Heute stehen sie — Engländer wie Deutsche — nicht als Bittende und Bittende, nein, als frohige, wetterharte Kämpfer da, die nur auf sich selbst, auf die Solidarität und die Macht des Proletariats bauen.

Und der erste Eindruck ihres Kampfes gibt ihnen recht. Kaum haben sich die Arbeiterbataillone in Bewegung gesetzt, so richteten sich die erstarrten Blicke der bürgerlichen Welt auf ihren Kampf als auf das wichtigste Ereignis der Zeitgeschichte. Vor den verschränkten Armen der Millionen Bergarbeiter verstummte in England das tägliche Geplätscher der politischen Nichtigkeiten, verstummte in Deutschland das parlamentarische Gezänk um die wetterschütternde Frage, wer in den gepolsterten Präsidentsstuhl im Reichstag seinen Hintern drücken soll.

Ob der Streik diesmal gelingen wird? Eine müßige Frage! Der Kampf selbst ist ein Sieg der Arbeiterfrage, weil er eine Offenbarung des Klassenbewußtseins, der Solidarität und der Macht der Arbeiter ist, eine Mahnung zum Kampfe und eine Verheißung künftigen endgültigen Sieges für das gesamte internationale Proletariat.

H. Luxemburg.

## Für Opfer der Klassenjustiz im Zarenreich.

I. K. In Rußland spielt sich seit einigen Jahren ein erschütterndes Drama ab, nicht auf irgend einer Schaubühne, sondern im Leben selbst. Mit seinen Schrecken müßte es eigentlich die Herzen aller fühlenden Menschen bewegen, auf jeden Fall aber wird es das tiefste Mitgefühl der kämpfenden Proletarier erwecken. Es handelt sich um das entsetzliche Schicksal der sozialdemokratischen Abgeordneten zur zweiten Duma, die 1907 wegen angeblichen Hochverrats verurteilt worden sind. In dem genannten Jahre wurden 37 von den 55 Mitgliedern der sozialistischen Fraktion der Reichsduma des Hochverrats angeklagt, verhaftet und vor einen Sondergerichtshof gestellt. Hinter verschlossenen Türen entschieden die zarischen Schergen in einem Geheimverfahren über ihr Los. Die einen wurden zu langjähriger Zwangsarbeit — „Katorga“ —, die anderen zur lebenslänglichen Deportation in die unwirklichsten Gegenden Sibiriens verurteilt.

Die Klassenjustiz hatte sich gefällig zur Mitschuldigen eines teuflischen Komplotts der zarischen Regierung gemacht. Umsonst hatten die Wähler der Abgeordneten die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens gefordert. Die bloße Anklage auf

Hochverrat gab der russischen Regierung einen billigen Vorwand zur Geheimhaltung ihrer Justizkomödie und zugleich zum Staatsstreich, der der eigentliche Zweck der Schurkerei war. Die zweite Duma mußte abgewürgt werden, saßen in ihr doch 55 sozialistische Volksvertreter. Das letzte Grollen des gewaltigen revolutionären Gewitters klang in ihr lauter und drohender nach, als es die Ohren der Reaktionäre vertragen konnten. Nach der Verhaftung von 37 sozialdemokratischen Abgeordneten löste die Regierung die zweite Duma auf und setzte ein neues Wahlgesetz durch, das, noch verkrüppelter als das damals bestehende, die Herrschaft der Großgrundbesitzer und der Großkapitalisten sicherte. Die Minister und andere „treue Diener“ des Zaren konnten sich nun des gegliederten „Meisterwerkes“ freuen. Ohne die Kritik der sozialdemokratischen Volksvertreter fürchten zu müssen, konnten die reaktionären Gewalten niedertreten, was das Volk durch Mut und Opferfähigkeit, Solidarität und Begeisterung während der Revolution errungen hatte.

Viereinhalb Jahre sind seitdem vergangen. Viereinhalb Jahre unaussprechlicher Qualen für die bedauernswerten Opfer der Niedertracht des Zarismus. Zwei der gemarterten Volksvertreter hielten die Härten der Katorga nicht aus, sie erlagen ihren Leiden. Ein anderer Führer der sozialdemokratischen Fraktion — Zerelli, dessen geistige Überlegenheit und persönlicher Zauber sogar von den Feinden anerkannt wurde — liegt an Schwindsucht todkrank danieder, ein vierter, ein frischer, lebenskräftiger Genosse, ist dem Fieber verfallen. Die Gesundheit und Kraft fast aller ist gebrochen. Die Frauen und die Mütter der Märtyrer wendeten sich in ihrer Verzweiflung an die Regierung. Sie erflehten die bescheidene „Gnade“, die Verurteilten möchten aus dem hohen Norden nach dem Süden überführt werden, damit ein wenig Sonnenlicht durch die schmalen Kerkerfenster zu ihnen dringe. Sie baten vergebens. Nur einige Schwerverrannte sind schließlich nach russischen Gefängnissen gebracht worden.

Was von Anfang an vermutet worden war, das hat nun seine Bestätigung gefunden. Die Enthüllungen eines ehemaligen Lockspihels, Brodski, lassen keinen Zweifel darüber, daß der angebliche Hochverrat der sozialdemokratischen Abgeordneten ein Machwerk der geheimen politischen Polizei, der berüchtigten „Ochrana“ gewesen ist. Der Hauptnachweis des „Hochverrats“ sollte die Deputation einer Geheimorganisation von Soldaten sein, die in Zivilkleidern den sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Forderungen vortragen wollte. Der Fraktion kam die Sache sehr verdächtig vor, sie wies die Deputation daher zurück, nahm aber eine Petition von ihr entgegen. Nun steht fest, daß die Soldaten der Deputation die Zivilkleider in der Wohnung eines Geheimpolitisten erhalten hatten, und daß ihre Petition vom Chef der Ochrana verfaßt wurde. Um die Vertreter der Arbeiterklasse aus dem Wege zu räumen, wie einen Staatsstreich zu ermöglichen und dabei vor der „europäischen Kulturwelt“ den Schein der Gesetzmäßigkeit zu wahren, ist der Zarenregierung kein Mittel zu schlecht! Sogar ein bürgerlicher Abgeordneter, Leslenko, erklärte, daß schon die Untersuchungskommission der zweiten Duma, die sich mit der Angelegenheit beschäftigen mußte, einmütig zu der Überzeugung gekommen war, es handle sich hier keineswegs um eine Verschwörung der Sozialdemokratie gegen den Staat, sondern um eine Verschwörung der Petersburger Geheimpolizei gegen die zweite Reichsduma.

Versuche, die Wiederaufnahme des Prozesses zu erreichen, sind bis jetzt trotz allem erfolglos geblieben. Aber nun erklingt diese Forderung stärker. Neue Tatsachen müssen zu einer Wiederaufnahme des Gerichtsverfahrens führen, das ist ein Recht, auf das der gemeinste Verbrecher einen Anspruch hat. In Massenversammlungen heischt das russische Proletariat die Revision des Prozesses. Seit einigen Monaten führt in der Duma die kleine, aber tapfere sozialdemokratische Fraktion einen erbitterten Kampf gegen die reaktionäre bürgerliche Mehrheit, die sich gegen die Gerechtigkeit stemmt. In

wenigen Tagen kommt im Plenum des russischen Parlaments die schon mehrmals von den Sozialisten eingebrachte Interpellation über den Justizmord zur endgültigen Beratung. Es geht um das Geschick der gemarterten Vertreter der Arbeiterklasse Rußlands. Es gilt, die reaktionären Gewalten zur Verantwortung zu ziehen, die ihre Herrschaft auf die schändlichsten Verbrechen aufbauen. Einmütige Protestkundgebungen des internationalen Proletariats müssen den Kampf der russischen Sozialdemokratie stärken und das selbstzufriedene Behagen des russischen Zarismus stören. Das Solidaritätsgefühl der Arbeiterklasse, die keine künstlichen Schranken zwischen den Völkern kennt, bewährt sich auch in diesem entscheidungsschweren Augenblick. In Frankreich und in Belgien, in Schweden und in Österreich, überall erheben die Sozialisten ihre Stimme, um das schändliche Verfahren der Zarenregierung zu brandmarken. Die sozialdemokratischen Abgeordneten des Reichstags und der Landtage in Deutschland haben einen Protest veröffentlicht, überall finden Volksversammlungen zu demselben Zwecke statt. Den Frauen der Arbeiterklasse darf diese Angelegenheit nicht fremd bleiben, auch ihnen sollte das Schicksal der Vertreter ihrer russischen Schwestern und Brüder am Herzen liegen. Es leiden die Gatten, die Söhne, die Väter der Massen- und Kampfesgenossinnen, es leiden die tapferen Männer, die angesichts der wachsenden Reaktion in Rußland allein den Mut besaßen, bis zum letzten Augenblick die Interessen der ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen zu verteidigen. Das erschütternde Drama ist letzten Endes keine rein russische Angelegenheit. Es ist eine Episode des heißen Kampfes, in dem um die Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung durch den Menschen gerungen wird. Wenn die Justiz in den Händen der Herrschenden Urteilsprüche voll schreienden Unrechts fällt, so hat die wachsende Macht internationaler Solidarität der Arbeiterklasse die stolze Aufgabe, mit allem Kraftaufwand und aller Hingabe die unterdrückte Gerechtigkeit einmütig zu fordern und ihren Sieg zu erkämpfen.

Alexandra Kollontaj.

## Die Feuerung.

Für die Lese- und Diskussionsabende.

Von Käthe Dunder.

### 3. Die Organisation der Produzenten.

(Schluß von Abschnitt 2.)

Das Hüttenwerk, das vom Kohlensyndikat seinen Kohlenbedarf, das Walzwerk, das vom Roheisensyndikat sein Rohmaterial zu den hohen Syndikatspreisen kaufen mußte, war von vornherein in seinem Profit wesentlich beeinträchtigt, in seiner Konkurrenzfähigkeit bedroht. Deshalb gliedern sich häufig die Hüttenwerke eigene Kohlengruben an oder Walzwerke verbinden sich mit Hochofen und Stahlwerken. Solche kombinierten Betriebe, die mehrere Produktionsstufen umfassen, nennt man gemischte Werke. Diese sind im Konkurrenzkampf den sogenannten „reinen Werken“ natürlich bei weitem überlegen. Nicht nur dadurch, daß sie ihre Rohmaterialien statt zu den teuren Kartellpreisen zum Selbstkostenpreis beziehen, sondern vor allem auch, weil die Kombination technische Vorteile bietet, deren Ausnützung ihnen eine höhere Produktivität sichert. Wo zum Beispiel Walzwerke gleich an den Hochofen angegliedert sind, da spart man die Transportkosten für das Rohmaterial; da läßt man das Roheisen nicht erst erkalten, um es dann zur Weiterverarbeitung wieder in Glut zu versehen; da verwandelt man die Hochofengase in elektrische Kraft, mit der man die Weiterverarbeitung betreibt. So bedeutet der Übergang vom reinen zum gemischten Werk einen gewaltigen technischen Fortschritt, der es ermöglicht, die Eisenwaren mit geringeren Kosten herzustellen. Die kartellierte Eisenindustrie jedoch kann mit Hilfe der Schutzzölle trotzdem die hohen Eisenpreise festhalten. Der technische Fortschritt

bringt nicht den Konsumenten billigere Eisenwaren, wie es unter der Herrschaft der freien Konkurrenz der Fall gewesen wäre, sondern nur den Kartellen höheren Profit. „Die hohen Eisenpreise wirken nun auf die ganze Volkswirtschaft ein. Jeder Fabrikant muß seine Maschinen, jeder Handwerker seine Werkzeuge, jeder Landwirt seine Geräte teurer bezahlen, da das Kartell das Eisen verteuert. Dadurch werden auch die Herstellungskosten aller anderen Waren erhöht — in dem Preis jeder Ware steckt ein Tribut an das Eisenkartell. Eisen ist ja der Rohstoff, aus dem unsere wichtigsten Arbeitsmittel geschaffen werden. Teures Eisen — hohe Produktionskosten; hohe Produktionskosten — hohe Preise!“ (Bauer.)

Wissen so die kartellierten Industrien den Nutzen erhöhter Produktivität der Allgemeinheit vorzuenthalten, so kann es andererseits auch vorkommen, daß sie im Interesse ihres Profits eine technische Verbesserung künstlich aufhalten. Vor einigen Jahren wurde zum Beispiel die Glasflaschenindustrie durch die Erfindung der Owenschen Flaschenmaschine von einer völligen Umwälzung bedroht. Diese Maschine ersetzt die Arbeit des Glasbläfers durch automatischen Betrieb; ihre Einführung hätte zahllose Arbeiter brotlos gemacht; sie hätte aber auch mit einem Schläge die Glasflaschen außerordentlich verbilligt. Da griff der europäische Glasflaschenverband ein — nicht aus zarter Rücksichtnahme auf die Arbeiter, sondern weil durch die plötzliche Verbilligung der Flaschen seine alten Betriebe entwertet worden wären. Der Verband kaufte deshalb das Patent der Owenschen Maschine für 12 Millionen Mark an und bestimmte, daß sie erst ganz allmählich bei den ihm angehörenden Werken zur Einführung kommen soll. Die Arbeiterentlassungen werden nicht ausbleiben; aber den kartellierten Unternehmern ist es so möglich, den Nutzen der Erfindung größtenteils für sich zu behalten.

Daß künstliche Verminderung des Angebots ein geeignetes Mittel ist, die Preise hinaufzutreiben, das sahen wir bereits beim Kohlenyndikat. Auch auf anderen Gebieten ist dieses Mittel angewendet worden, so zum Beispiel auf dem Gebiet der Kaffeeproduktion. Diese war in den letzten Jahren sehr rasch gestiegen, schneller als der Bedarf. Die Preise sanken infolgedessen. Dabon wurde besonders Brasilien betroffen, auf das drei Viertel der gesamten Kaffeeproduktion der Welt entfallen — am schwersten der brasilianische Staat Sao Paulo, der mehr als die Hälfte alles Kaffees liefert. Dieser Staat übernahm, um ein weiteres Sinken der Kaffeepreise zu verhindern, die Rolle eines die Produktion einschränkenden Kartells. Er belegte Neuanpflanzungen mit einer hohen Steuer und beschränkte die Ausfuhr durch einen Ausfuhrzoll. Da trotz dieser Maßnahmen die Preise weiter sanken, kaufte der Staat Kaffee auf, um den Markt zu entlasten. Das Geld dazu liehen ihm europäische und amerikanische Kapitalisten. Viele Millionen Sack Kaffee lagen so aufgehäuft und sollten erst zum Verkauf gelangen, wenn etwa durch eine Missernte einmal Kaffeeknappheit einträte. Da aber die letzten Jahre „unglücklicherweise“ immer reiche Ernten brachten, ließ man im Dezember 1911 große Mengen Kaffee — nach amerikanischen Berichten 2400 Millionen Pfund — ins Meer versenken. Vernichtung von Naturschätzen zur Wahrung des heiligen kapitalistischen Profits!

Die fortschreitende Organisation der Produzenten hat das Bild der kapitalistischen Gesellschaft völlig verändert. Wohl steht auch unter der Herrschaft der Kartelle und Trusts der technische Fortschritt nicht. Immer noch wird die Ermäßigung der Erzeugungskosten mit dem Untergang vieler selbständiger Existenzen, mit dem Elend, der Arbeitslosigkeit vieler Arbeiter erkauft. Aber das Kartell kann, indem es die Konkurrenz zwischen den Unternehmern beseitigt, die Preise seiner Waren hochhalten, wie sehr auch die Erzeugungskosten sinken. Der technische Fortschritt senkt nicht mehr die Preise; er erhöht nur

noch die Gewinne der kartellierten Unternehmer.“ (Bauer.) Das ist die Folge der Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol. Nicht mehr wohlfeile, sondern teure Preise — Monopolpreise\* — sind heute die „schwere Artillerie“ der Bourgeoisie.

Aber führen die Kartelle, indem sie die freie Konkurrenz unterbinden, nicht wenigstens zur Beseitigung der Krisen, unter denen die Allgemeinheit ja ebenso leidet wie das Unternehmertum? Wie wir sahen, entspringt die Krise aus dem grenzenlosen Ausdehnungsbedürfnis der kapitalistischen Produktion, mit dem weder die Konsumtion einerseits noch die Rohproduktion andererseits Schritt zu halten vermag. Schränkt die kartellierte Industrie bei begrenzender Geschäftskläue ihre Produktion ein und verhindert damit den Preissturz, so mag sie dadurch für ihre Angehörigen den Anprall der Krise mildern. Aber die Einschränkung der Produktion bedeutet doch auch für diese einen Rückgang des Profits; und den Arbeitern erwachsen daraus Feierschichten und Lohnabzüge. Wir wissen ferner, daß es gerade die Gebiete der Rohstoff- und Halbfabrikatproduktion sind, auf denen sich die größten und festesten Kartelle entwickelt haben. Das Hochhalten der Preise in diesen Industrien muß die Krise für die gesamte Fertigungsindustrie nur noch verschärfen. Für die große Masse des arbeitenden Volkes aber ist die Wirkung nur die, daß sie die Folgen der Krise und der Teuerung zu gleicher Zeit zu spüren bekommt.

Dennoch wäre es töricht, die Kartelle um dieser ihrer Begleitererscheinungen willen bekämpfen zu wollen. Sie sind notwendige Übergangsstufen auf dem Wege zur sozialistischen Produktion, soweit sie auch noch davon entfernt sind. In den Kartellen wird der Versuch gemacht, die gesellschaftliche Arbeit planmäßig zu organisieren und zu leiten. Durch sie vollzieht sich die Konzentration der Produktion in immer gewaltigeren Tiefenunternehmungen, in denen die Einzelunternehmer zu bloßen Aktienbesitzern und Profitschludern werden, die für den Produktionsprozeß keine Bedeutung mehr haben. Die Gesamtleitung geht immer mehr an die angestellten Syndikatsdirektoren über, in deren Händen eine ungeheure Gewalt vereinigt ist. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln erweist sich hier nicht nur als Sinnlosigkeit, sondern direkt als eine Gefahr für die Allgemeinheit, der gegenüber eine Handvoll Privatleute die gesamte Produktion zu monopolisieren suchen. Die Produzentenorganisationen, die heute durch ihre Preispolitik die Teuerung erzeugen, haben zugleich die Arbeit vergesellschaftlicht und die Überflüssigkeit der Unternehmer offenbar gemacht — sie beweisen uns damit, daß die Produktionsmittel reif sind, enteignet zu werden. „Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert.“ (Marx, „Kapital“, I, S. 728.)

\* Nicht nur die Organisation der Produzenten führt zu Monopolen und Monopolpreisen, auch andere Faktoren können in dieser Richtung wirken. So zum Beispiel die Patentgesetzgebung. Eine Fabrik, die ein Patent erwirbt, erhält ja damit die Alleinberechtigung zur Herstellung des patentierten Artikels. Besonders auf dem Gebiet der chemischen Industrie haben sich dadurch Monopolpreise herausgebildet, die mit den eigentlichen Herstellungskosten nicht im geringsten Verhältnis stehen. Dafür ein besonders krasses Beispiel aus neuester Zeit. Die Höchster Farbwerte haben sich das alleinige Herstellungsrecht des von Professor Ehrlich erfundenen Syphilismittels „Salvarsan“ gesichert. Der Herstellungspreis des Mittels wird von erfahrenen Chemikern auf ca. 3,60 Mk. pro Kilo berechnet. In einem Anfang 1911 an die Apotheken versandten Rundschreiben wird der Preis für 60 Zentigramm auf 8 Mk. und der Wiederverkaufspreis auf 10 Mk. festgesetzt. Die Farbwerte erhalten mithin pro Kilo 10000 Mk. für ein Produkt, das im Herstellungswert auf noch nicht 4 Mk. geschätzt wird!

## Der deutsche Frauenkongress.

Das „Ereignis“ der bürgerlichen Frauenbewegung, der deutsche Frauenkongress, auf den die „Gleichheit“ bereits in Nr. 11 hingewiesen hat, brachte den Gegensatz zwischen dem Einberufer (dem Bunde deutscher Frauenvereine) und der sozialdemokratischen Frauenbewegung so deutlich und scharf zum Ausdruck, wie es in der Natur der wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Bürgerfrau und Proletarierin liegt. Und doch ist auch für unsere Kreise dieser Kongress von Interesse, nicht allein wegen seines Gegenstandes, sondern auch, weil er zeigt, wie haltlos und ziellos jede politische Bewegung auf dem Meere des Lebens umherirrt, wenn ihr der Kompaß einer gefestigten Weltanschauung fehlt. Hier war nicht eine Weltanschauung vertreten, sondern sie waren gleich dühnend-weise vorhanden. Deshalb war auch eine gemeinsame Beschlußfassung gar nicht erst beabsichtigt; sie wäre auch unmöglich gewesen bei der Zusammensetzung dieses Kongresses, auf dem nicht weniger wie 84 Vereine und Verbände vertreten waren, darunter allein 15, also fast 20 Prozent, mit ausgesprochen konfessionellem Charakter. Die Zusammenfassung all der verschiedenen Richtungen bewies aufs deutlichste, wie die bürgerliche Frau aller sozialen Schichten sich zu befreien versucht von alten Überlieferungen. Zwingt die einen hierzu die materielle Not, so die anderen die geistige. Denn die Frau des wohlhabenden Bürgertums ist es müde geworden, nur Spielzeug des Mannes, nur Dekoration zu sein, auch sie will ihrem Leben geistigen Inhalt geben. Und um die sich ihr entgegensetzenden Widerstände zu überwinden, braucht sie wirtschaftliche Unabhängigkeit. Andererseits zwingt die wirtschaftliche Not große Gruppen bürgerlicher Frauen genau so wie die Proletarierinnen zum Broterwerb, nur daß sie diesen meist in Handel, Verkehr und freien Berufen sucht, weil hier die Tätigkeit früher besser bezahlt wurde und zum Teil noch heute besser bezahlt wird wie die der gewerblichen Lohnarbeiterin. Infolgedessen fühlen sich die bürgerlichen Erwerbstätigen sozial höher gestellt wie die Arbeiterinnen. Auf den Ton des „höheren“ Berufs war denn auch der ganze Kongress gestimmt.

Bessere Berufsbildung und Eröffnung aller Berufe für die Frau war seine einmütige Forderung; ihr wurde nachhaltiger Ausdruck verliehen durch die enorme Beteiligung, die dieser Kongress fand, und die seinen Veranstaltern selber unerwartet kam. Zur Wirklichkeit war geworden, was Fräulein Dr. Bäumer, die Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine, in ihrem Begrüßungsartikel geschrieben hatte: „Der großen Notwendigkeit, durch welche die Frauen unserer Zeit in allen Schichten zu neuen Wirkungsweisen, in neue Lebensformen gedrängt werden, soll unser Kongress einen mächtigen und einheitlichen Ausdruck geben. Darum hat der Bund deutscher Frauenvereine alle auf irgend einem Gebiet und zu irgend einer Arbeit organisierten Frauen zusammengerufen.“ Alle auf irgend einem Gebiet arbeitenden Frauen waren hier zusammengekommen — mit Ausnahme der Arbeiterinnen. Die anderen alle einte ein Gedanke: Befreiung aus der wirtschaftlichen und geistigen Knechtschaft, zu der die bürgerliche Frau bis heute noch verdammt ist.

„Voll und Knecht und Aberwinder,  
Sie gestehn zu jeder Zeit:  
Höchstes Glück der Erdenkinder  
Sei nur die Persönlichkeit.

Nebes Leben sei zu führen,  
Wenn man sich nicht selbst vermisht;  
Alles könne man verlieren,  
Wenn man bliebe, was man ist.“

Diese Worte zu verwirklichen, die Goethe seine Euleika sprechen läßt, das wurde von allen Rednerinnen unendliche Male als der Sinn und der Zweck der gesamten Frauenbewegung dargestellt. Und damit war zugleich diesem Kongress sein Charakteristikum als einer bürgerlichen Veran-

staltung gegeben. Denn Millionen Menschen, Frauen und Männer, sind heute zum Arbeitstier, zum Anhängsel der Maschine geworden, Millionen von Frauen müssen tagtäglich ihr „Ich“ begraben im Kampfe ums Dasein, ihre Persönlichkeit wird erstickt in unbeschränkter Arbeitszeit, in ihrer Berufsüberbürdung. Auf dem Kongress sprach man aber nicht von den Frauen und Mädchen, die keine Berufswahl kennen, weil sie verdienen müssen um jeden Preis, auch um den Preis ihrer Persönlichkeit; man sprach nicht von den Frauen und Mädchen, denen die Berufsarbeit nicht eine Entlastung und Bereicherung, sondern nur eine Vermehrung ihrer bisherigen Lasten gebracht hat. Die Arbeiterin war so gut wie ausgeschaltet aus allen Reden und Diskussionen. Klar trat der Klassencharakter dieser bürgerlichen Veranstaltung schon rein äußerlich darin zutage, daß eine Lohnarbeiterin überhaupt nicht zu Worte kam!

So wurde dieser Kongress zu einer Speerschau über die Streitkräfte der bürgerlichen Frauenbewegung von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken. Aber daher kam es auch, daß alle diese Frauen von rechts und links aneinander vorbeiredeten; fast keine Diskussionsrednerin ging auf das Hauptreferat ein, sondern hielt je nach der Richtung, der sie angehörte, nochmals eine entsprechende Programmrede, nur daß diese nicht mehr als 7 Minuten dauern durfte, statt der 20 Minuten, die den Hauptreferenten zugewilligt waren. Daß diese kurze Redezeit von vornherein jede ernste Behandlung eines Problems unmöglich machte, war die wohlweise Absicht der Veranstalter dieses Kongresses. Es war eben nichts als eine Parade, die allerdings den Beweis des Wachstums der Frauenbewegung in die Breite glänzend erbrachte. Wenn der Inhalt der Referate auf der Höhe ihrer rednerischen Vollkommenheit gestanden hätte, wären sie musterhaft gewesen, aber die Gedanken bewegten sich zumeist in ausgetretenen Bahnen. Schon der Anfang ließ das Ende voraussahnen. An Stelle der erkrankten Frau Seyl, die Seele der Ausstellung und des Kongresses, eröffnete Frau Heuß-Knapp die Liste der Rednerinnen mit einem Referat über „Die Reform der Hauswirtschaft“. Von „Reform“ war in diesem Referat allerdings recht wenig zu spüren, aber sehr viel vom Gegenteil. Frau Heuß-Knapp versuchte das Rad der Zeit rückwärts zu drehen. Ihr Ideal ist der Einzelhaushalt, nur muß besser „individueller“ gekocht werden. Die Zeit dazu gewinnt „die Frau“ erstens, weil ihr so viele Verrichtungen durch die Industrie abgenommen worden sind, zweitens, weil durch praktische Neuerfindungen der Frau die Möglichkeit der Zeiterparnis gegeben sei, zum Beispiel durch Zentralheizung, Gas, Elektrizität, Wasserleitung, Waschmaschinen, Kochtischen und dergleichen mehr. Je mehr das Berufsleben den einzelnen mechanisiere, desto größer sei das Bestreben, die Pflege der Familie, der Persönlichkeit in das Privatleben zu retten. Und als besonderen Grund nicht nur für die Erhaltung, sondern für die Stärkung des Einzelhaushaltes führte die Referentin die Kinderpflege an, weil die Kinder in ihren Bedürfnissen stehen geblieben, also „reaktionär“ seien. Deshalb sei auch die Dienstbotenfrage für die Hausfrauen eine der ernstesten Fragen. Und weil die Dienstmädchen so bitter nötig gebraucht werden, deshalb müßten sich die Frauen endlich auf ihre Pflichten als Arbeitgeberinnen besinnen, deshalb müßte die Schule den ungelerten Dienstbotenberuf zu einem gelernten erheben.

Frau Heuß-Knapp hat ihre Ausführungen nur auf den wohlhabenden bürgerlichen Haushalt bezogen, der noch immer seine patriarchalische Form beizubehalten sucht. In der Diskussion zeigte sich jedoch, daß in weiten Schichten des Bürgertums diese altväterliche Hauswirtschaft bereits in Auflösung begriffen ist, daß die Mütter infolge ihrer Erwerbstätigkeit weder Zeit finden, sich selbst ihrem Haushalt zu widmen, noch ihre Töchter für diesen zu erziehen. Die Diskussionsrednerinnen forderten daher fast einstimmig die Haus-

haltungsschule. Eine Frein v. Mirbach-Sarff meinte, auch die Hausfrauen hätten die Aufgabe, ihre Dienstmädchen zu erziehen, sie müßten ihnen mehr sein als nur Arbeitgeberin, damit das Mädchen nicht das Gefühl der Stundenarbeit, sondern das der Mitarbeit habe, denn — die Kinder seien das Bindeglied zwischen Diensthöten und Herrschaft. Wie doch die Not sogar diensthötenfreundlich macht! Einen den tatsächlichen Verhältnissen etwas mehr entsprechenden Ton fand Frau Deutsch, die in der Rückkehr zur patriarchalischen Familie kein erstrebenswertes Ziel sieht. Nach ihrer Meinung wäre es notwendig, daß die 42 Gefindeordnungen aufgehoben würden, die gleichbedeutend seien mit ebensoviele Ausnahmefesetze. Frau Deutsch wagte sogar zu behaupten, daß die Stellung der Diensthöten noch ein letzter Rest des Leibeigenensystems darstelle, was freilich in der Versammlung deutliche Zeichen des Mißfallens auslöste. Allerdings, bis zur Forderung völliger Gleichberechtigung der Diensthöten mit anderen Arbeitern ging auch sie nicht, nur für eine „Reichsgefindeordnung“ konnte sie sich begeistern! Aber in allen Reden kehrt der Ruf wieder: „Her mit der obligatorischen Haushaltungsschule, damit wir Hausfrauen endlich wieder berufstätige Dienstmädchen bekommen und beruhigt unser Hauswesen diesen überlassen können.“ An die Tatsache, daß 10 Millionen Frauen erwerbstätig sind und sich um den Kochtopf nur sehr wenig kümmern können und die Kindererziehung vernachlässigen müssen, ohne in der Lage zu sein, Dienstmädchen zu halten, wagte nur die Flottenschwärmerin Fräulein Dischniewska zu erinnern. Aus der Tatsache aber folgerte sie lediglich, daß die Gemeinshaftsküche eine dringende Notwendigkeit wird. Die Frau müsse sich heute schon vorbereiten, um in wirtschaftlicher und hygienischer Beziehung den Anforderungen der Gemeinschaft in Zukunft genügen zu können, sie müsse sich jetzt schon üben, die deutsche Armee kräftig und gesund zu ernähren als „Armeekochfrau“! Bei diesem „Zukunftsziel“ mußten selbst die bürgerlichen Frauen laut anfluchen!

Schlimm erging es den Konsumvereinen in einer Rede von Frau Staudinger, der Gattin des bekannten bürgerlichen Verfechters der Genossenschaftsbewegung. Frau Staudinger sieht in den Konsumvereinen nicht allein, und mit Recht, zweckmäßige und sparende Hilfe für die Hausfrau, sondern auch „den Weg zum sozialen Frieden“! Obwohl viele der bürgerlichen Zuhörerinnen keine rechte Vorstellung von einem Konsumverein besaßen haben mögen, vernahmen sie mit Genugtuung die Verheißung, daß wieder einmal ein Mittel zum sozialen Frieden gefunden sei.

Von Einküchenhäusern und derartigen Einrichtungen, die von verschiedenen Diskussionsrednerinnen als durchaus notwendig erwähnt worden waren, wollte Frau Heuß-Knapp auch in ihrem Schlußwort nichts wissen. Sie blieb, wie sie sich selbst bezeichnete, nach dieser Richtung durchaus „reaktionär“. Vielleicht ist Frau Heuß-Knapp einer Belehrung nicht unzugänglich, wenn sie von jemand kommt, der für die Befreiung der Frau in Wort und Schrift bereits gekämpft hat, als die Dame selber sich noch im Stadium des „rückständigen Kindes“ befand. August Bebel schreibt in seinem Buche „Die Frau“:

„Die Privatküche ist für Millionen Frauen eine der anstrengendsten, zeitraubendsten und verschwenderischsten Einrichtungen, bei der ihnen Gesundheit und gute Laune abhanden kommt und die ein Gegenstand der täglichen Sorge ist, namentlich wenn, wie bei den allermeisten Familien, die Mittel die knappsten sind. Die Beseitigung der Privatküche wird für ungezählte Frauen eine Erlösung sein. Die Privatküche ist eine ebenso rückständige und überwundene Einrichtung, wie die Werkstatt des Kleinmeisters; beide bedeuten die größte Untwirtlichkeit, eine große Verschwendung an Zeit, Kraft, Heiz- und Beleuchtungsmaterial, Nahrungstoffen usw.“

Den Faden, den Frau Heuß-Knapp begonnen hatte, spannt Frau Marianne Weber in ihrem Referat weiter. Jetzt handelte es sich nicht mehr um die Frage des Einzelhaushalts, sondern um „die Bewertung der Haus-

frauenarbeit“. Die Abhängigkeit der bürgerlichen Ehefrau vom Manne und wie sich dieser „unwürdige“ Zustand beseitigen läßt, ist eine seit Jahren wiederkehrende Streitfrage auf allen bürgerlichen Frauenkongressen.

„Der Gesetzgeber braucht nur die gesetzliche Unterhaltspflicht des Mannes dahin zu präzisieren, daß er der Ehefrau ein Anrecht auf Vereinbarung sowohl eines festen Haushaltsgeldes als auch eines festen Sondergeldes für ihre persönlichen Bedürfnisse zuerkennt, dann könnten die Frauen aller Schichten das im Rahmen des Familienlebens mögliche Maß pekuniärer Unabhängigkeit gewinnen. Eine solche Bestimmung käme vor allem den beschäftigten und nicht erwerbstätigen Frauen der Mittelschichten zugute, aber das Anrecht auf Vereinbarung eines festen Haushaltsgeldes wäre auch für die erwerbstätigen und vermögenden Frauen wichtig. Und für alle Kreise, die überhaupt rechnen und einteilen müssen, wäre dadurch die legendreiche Rötigung geschaffen, ein Budget aufzustellen, das im Einklang mit den Einnahmen steht.“

Leider verriet weder Frau Weber noch die folgenden Rednerinnen, was den Männern geschehen soll, die dem Gesetze nicht gehorchen. Oder sollen zukünftig auch die ehelichen Frauen auf Alimente klagen können? Keine der Damen stellte die selbstverständliche Forderung, daß der Frau durch das Gesetz das alleinige Verfügungsrecht über ihr eingebrachtes sowohl wie über in der Ehe erworbenes Vermögen zuerkannt werde. Auch für Frau Weber ist wie für alle Rednerinnen des Kongresses der Grundsatz maßgebend, nur ja nicht Ursachen erörtern, immer hübsch an Symptomen herumkurieren. Als die Referentin mit scharfen Worten die traurige Lage der verheirateten Landarbeiterinnen schilderte, deren Taglohn von 20 bis 50 Pf., nicht ihnen selber, sondern ihren Männern ausbezahlt wird, erschien eine nicht vorgemerkte Diskussionsrednerin, Frau v. Puttkamer, auf dem Plane, die heiligsten Güter des Großgrundbesitzes zu verteidigen. Sie entrollte ein Bild von dem Leben der verheirateten Landarbeiterin, so verlockend schön, daß man eigentlich nur jedem Mädchen raten könnte, schleunigst nach dem Puttkamerschen Paradies auszuwandern. „Auf unseren Gütern“, sagte Frau v. Puttkamer wiederholt, „gibt es solch niedrige Löhne nicht.“ Die Ehefrau in Ostelbien arbeitet fast nie, weil sie es nicht nötig hat, die Löhnung ihres Mannes ist so reichlich, von den Kühen und Schweinen gar nicht zu reden, die alle Landarbeiter im Stalle haben. Die 18 verheirateten Tagelöhnerinnen des Puttkamerschen Gutes arbeiten 3 Tage in der Woche, nur eine Witwe schafft jeden Tag. Der übliche Taglohn ist — 1 Mk.! Und den Ernteverdienst von 1,50 bis 1,60 Mk. täglich nehmen auch die Frauen gerne mit. Ja, Frau v. Puttkamer läßt in ihrer Güte, den Wohlstand „ihrer“ Landarbeiter zu heben, auch die Kinder mitverdienen. Außerdem seien „ihre“ Landarbeiterinnen weit selbständiger als die Bauersfrauen. Beweis: Als die Frein eine Ortsgruppe des Vaterländischen Frauenvereins habe gründen wollen, da seien auf ihre Aufforderung hin „ihre“ Tagelöhnerinnen sofort alle dem Verein beigetreten, indes die selbständigen Bauersfrauen durchweg erklärten, sie müßten erst ihre Männer fragen. Aber was wäre wohl den von der Frein abhängigen Tagelöhnerinnen geschehen, wenn sie gewagt hätten, dem Vaterländischen Frauenverein nicht beizutreten? Für Frau v. Puttkamer war, wie sie sagte, mit ihren Ausführungen über die glänzende Lage der Landarbeiterinnen die Landarbeiterfrage „erledigt“. Ihre Worte fanden reichen Beifall und nur schwachen Widerspruch. Trotzdem gab Frau Weber in ihrem Schlußwort ein treffendes Bild von der wirklichen Lage der Landarbeiter, doch weiter traute auch sie sich nicht als bis zu der Feststellung, daß der Naturallohn nur die Abhängigkeit der Landarbeiter und keineswegs die Selbständigkeit der Frauen erhöhe. So blieb alles in eitel Harmonie.

Es folgte ein Referat von Frau Gnaud-Kühne, die über „Die Frage des weiblichen Dienstjahres“ sprach. Frau Gnaud-Kühne möchte nach militärischem Vorbild eine Armee arbeitender Mädchen einrichten. Von der Schule in die Kaserne, von da, wenn möglich,

zwangsweise in die sogenannten Frauenberufe des Dienstmädchens, der Kinder- und Krankenpflegerin usw. Die Karriere ist ihr Ideal. Für Frau Gnaud-Kühne ist das weibliche Dienstjahr „der Kampf um den häuslichen Herd“, insbesondere um den Herd der Besitzenden, die, wie sie sagte, nicht einmal durch die Dienstbotennot aus ihrer Gleichgültigkeit gegen die großen wirtschaftlichen Umwälzungen aufgerüttelt werden. Ihre Forderungen gipfelten in den von ihr selbst aufgestellten Leitsätzen:

„Man findet sich zurück zur richtigen Einschätzung der weiblichen Mission, von deren Erfüllung das Fortbestehen wie das Gedeihen der Gesellschaft abhängt. Zur Erfüllung dieser Aufgabe muß die weibliche Jugend vorbereitet werden durch das Mädchen-dienstjahr, das keine willkürliche Neuerung bedeutet, sondern als organischer Ausbau des hauswirtschaftlichen Unterrichts in den Schulen ins Leben treten muß. Das Jahr wird abgedient in Gemeinschaftshäusern, die sich selbst besorgen und an Anstalten angegliedert sind, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Die Rekruten aus den Volks- und Mittelschulen werden vom Staat unterhalten, die „höheren Mädchen“ bestreiten ihren Unterhalt und zahlen Schulgeld. Dafür genießen sie einen vielseitigeren Unterricht und haben höheren Ansprüchen bei der Abgangsprüfung zu genügen. Das Abgangszeugnis dient als „kleiner Befähigungsnachweis“, an den der Vollzug der standesamtlichen Eheschließung geknüpft sein würde.“

Frau Gnaud-Kühnes Ausführungen begegneten leisem Widerspruch, offenbar weil sie das Dienstjahr für alle Stände fordert. Damit sind die Damen natürlich nicht ganz einverstanden, daß ihre Töchter außer ihrer Mitgift noch einen Befähigungsnachweis zur Ehe mitbringen sollen.

Eine lange Reihe von Diskussionsrednerinnen verlangten alle obligatorischen hauswirtschaftlichen Unterricht in irgend einer Form, sei es durch das weibliche Dienstjahr, wie die Referentin, sei es durch die Fortbildungsschulen oder durch Wanderschulen auf dem Lande. Ja, alle diese Damen haben aus der Not der Zeit gelernt, daß die frühe Erwerbsarbeit den Mädchen des Proletariats keine Zeit läßt, kochen zu lernen, daß sie insgedessen später für den Mann selbst für ihre geringen Mittel noch zu schlechtem Essen zubereiten, und daß Volkskraft und Volksgeundheit darunter leiden. Sie haben gelernt, daß auch bei den Mittelschichten wie bei den Besitzenden die hauswirtschaftliche Tätigkeit der Frau hinter ihrer Berufsarbeit zurücksteht. Aber die Damen verlangten nicht etwa höhere Löhne für die Männer des arbeitenden Volkes, höhere Löhne, die den Zustrom von Frauen und Kindern zur Erwerbstätigkeit herabsetzen würden; sie redeten auch nicht von der notwendigen Verbilligung der Lebensmittel — nein, der hauswirtschaftliche Unterricht allein soll die mageren Suppen fetter, die leeren Töpfe voller machen.

Nur eine eizige Rednerin, Frau Dr. Kempf, trat diesen Anschauungen entgegen und meinte, die unteren Schichten seien durchaus keine kulturlosen Schichten, wie es von verschiedenen Rednerinnen behauptet wurde. Frau Kempf gab den Damen zu verstehen, daß sie über den Arbeiterhaushalt, besonders über den ländlichen, recht mangelhaft und einseitig unterrichtet seien. Ganz energisch wendete sie sich gegen das weibliche Dienstjahr, zu dem praktische Vorschläge überhaupt nicht gemacht wären. Kasernenartige Anstalten seien doch unmöglich geeignet, junge Mädchen für ihren späteren Hausfrauenberuf im Einzelhaushalt zweckmäßig vorzubereiten. Frau Dr. Kempf erinnerte an die Mißhandlungsprozesse in den Fürsorgeanstalten und fragte, wie man nach diesen Erfahrungen immer noch den Gedanken einer zentralisierten Erziehung vertreten könne. Was die Dezentralisation anbelangt, also die zwangsweise hauswirtschaftliche Erziehung von jungen Mädchen auf dem Lande, in fremden Familien, so würde sie nach dieser Rednerin nur zu einer Neuaufgabe des alten Gefinbezuges auf dem Lande führen und massenhafte Abwanderung der Mädchen vom Lande zur Folge haben. Niemand trat diesen verständigen Ausführungen entgegen — aber es blieb auch ~~im~~ im Saale, keine Zustimmung ward laut. (Schluß folgt.)

## Berufsfragen vor dem bürgerlichen Frauenkongreß.

Der dritte Verhandlungstag des Deutschen Frauenkongresses war der Erörterung von Berufsfragen gewidmet. Wer erwartet hatte, daß dabei auch die Arbeiterinnenfrage erörtert werden würde, mußte enttäuscht nach Hause gehen. Nur in zwei von den vielen Referaten war von den Arbeiterinnen die Rede, und auch das nur sehr nebenher. Es konnte auch gar nicht anders sein, da nicht einer der sieben Punkte, die zur Beratung standen, von jemand erörtert wurde, der durch wissenschaftliche Vertiefung in die soziale Frage sich derart über eine bürgerliche Auffassung emporgehoben hat, daß eine objektive Behandlung sicher gewesen wäre; eine Arbeiterin war ebensowenig unter den Referentinnen. Daß es außerdem nicht möglich ist, in den 20 Minuten, die ein Vortrag nicht überschreiten durfte, eine Frage eingehend darzulegen, steht wohl von vornherein fest.

Über den „Anteil der Frau an der landwirtschaftlichen Produktion“ sprach Frau Elisabeth Boehm-Lamgarben. Sie forderte bessere berufliche Ausbildung, um die Leistungsfähigkeit der Frau im allgemeinen zu heben und speziell auf den von ihr selbständig betriebenen Gebieten des Obst- und Gemüsebaus und der Geflügelzucht. Außerdem empfahl sie die Gründung von Hausfrauenvereinen, wie sie in Ost- und Westpreußen bestehen und deren Mitglieder sich aus Land- und Stadtfrauen zusammensetzen, denn der Zweck dieser Organisationen ist die Regelung des Ein- und Verkaufs landwirtschaftlicher Erzeugnisse. — „Probier Landwirtschaftlicher Frauenarbeit“ erörterte Dr. Rosa Kempf-München. Sie beschränkte sich mit ihren Ausführungen auf die Verhältnisse in Bayern und forderte ebenfalls — wie übrigens sämtliche Referentinnen — bessere berufliche Ausbildung der Frau. Außerdem befürwortete sie, daß die selbständigen Einnahmen der bäuerlichen Hausfrau erhalten bleiben müßten. Sie wertete dies als ein Mittel zur Verhütung der Abwanderung weiblicher Personen der Landbevölkerung in die Städte. Keine der beiden Referentinnen erwähnte auch nur mit einem Worte die miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen, die für die ärmere Landbevölkerung und vor allen Dingen für die männlichen und weiblichen Landarbeiter sehr oft bestehen. Ebensovienig wie diese Bedingungen schienen für die Damen die schimpflichen Vorschriften der Gefindeordnungen und die versagte Koalitionsfreiheit zu existieren, Tatsachen, die doch bekanntermaßen das Landarbeiterelend aufrechterhalten, ja noch steigern. Noch einen Schritt hinaus über diese einseitige Behandlung schwerer Fragen ging die Korreferentin zum zweiten Vortrag, Freiin Ely v. Puttk. Sie schilderte die Verhältnisse der besitzlosen Landbevölkerung Ostelbiens in so rosigem Farben und malte den lauschenden Damen ein so prächtiges Bild von den idyllischen patriarchalischen Zuständen auf dem Lande, daß die von ihr selbst erwähnte Landflucht der bäuerlichen Mägde und Hofgängerinnen als ein geheimnisvolles Rätsel erscheinen mußte. Im Berichterstatterisch lösten allerdings die Ausführungen so manches Kopfschütteln aus. Der Dame wäre das jüngst erschienene Buch des verstorbenen Genossen Franz Rehbein zum eingehenden Studium dringend zu empfehlen. Über die drei Referate fand keine Diskussion statt. Der ständige Ausschuss zur Vertretung von Arbeiterinneninteressen ist mit einer Erhebung über die Verhältnisse der Arbeiterinnen auf dem Lande beschäftigt. Die Ergebnisse sollen einer einzuberufenden besonderen Konferenz unterbreitet werden. Bis dahin haben die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zu der aufge-rollten Frage nichts zu sagen. Warum aber dann die Frage der landwirtschaftlichen Frauenarbeit auf die Tagesordnung dieses Frauenkongresses gesetzt wurde, bliebe unerfindlich, wenn nicht der ausgesprochen bürgerliche Charakter der Veranstaltung wäre. Die Frauen mit ansehnlichem Vermögen, deren Berufstätigkeit und Interessen im Mittelpunkt der

Erörterungen standen, bilden doch nur einen sehr bescheidenen Teil der landwirtschaftlichen Produzentinnen. Nicht einmal die Lage der Kleinbäuerinnen wurde gebührend berücksichtigt.

Unzulänglichkeit war ebenfalls die Signatur der Kongressverhandlungen über die gewerbliche Frauenarbeit. Auch sie erfolgte in mehreren Zwanzigminutenreferaten. Von dem Thema: „Wie erzielen wir Qualitätsarbeit der Frau in Industrie, Handwerk und Kunstgewerbe?“ behandelte Fräulein Dr. Marie Baum die Frauenarbeit in der Großindustrie. Die Vortragende vertrat die von ihr wiederholt aufgestellte und bereits in der „Gleichheit“ besprochene Forderung, die Arbeiterin in innere Beziehung zu ihrer Maschine zu bringen und damit zugleich auch in innere Beziehung zu ihrer Arbeit, die sie jetzt mehr mechanisch verrichtet. Durch gründliche Ausbildung und technische Schulung würde es dann Frauen möglich sein, auch in der Industrie sich zu leitenden Posten und verantwortlichen Stellungen emporzuarbeiten. Man wurde auch diesmal bei den Ausführungen des Fräulein Baum den Gedanken nicht los, daß die bessere Stellung für einzelne Wenige der Zweck der ganzen Übung ist. Es geht nicht darum, der großen Masse zu helfen, die unter der kapitalistischen Ordnung auch in Zukunft — und wahrscheinlich dann noch in höherem Maße als bisher — nur Verwendung findet als ungelernete Arbeiterinnen bei mechanischen Vorrichtungen! Auf was es hauptsächlich ankommt, das ist, passende Arbeitsgelegenheit und guten Verdienst zu schaffen für eine verhältnismäßig kleine Zahl Frauen aus sogenannten besseren Kreisen, denen heute die bürgerlichen Berufe kein Unterkommen mehr bieten. Je komplizierter die Maschine ist, desto mehr tritt als nächste Folge eine ins einzelne gehende Teilarbeit auf. Die Arbeiterinnen und Arbeiter können sich hier von fast täglich überzeugen. Die weitere Konsequenz dieses Standes der Dinge ist die starke Zunahme der ungelerneten Arbeiter und Arbeiterinnen. Die nächste Berufs- und Gewerbebeziehung wird diese Entwicklung feststellen. — über die weibliche Qualitätsarbeit im Handwerk sprach Dr. Margarete Bernhard; Frau Fia Wille behandelte sie im Kunstgewerbe. Nicht ohne Interesse war ein Vorschlag in der Diskussion über den letztgenannten Vortrag. Eine Rednerin empfahl nämlich, zur Reproduktion von kunstgewerblichen Erzeugnissen in vielleicht zehn oder zwölf Exemplaren junge Mädchen anzulernen, weil sich bei der Anfertigung von nur einem Exemplar die Arbeit für den Entwurf nicht bezahlt machen würde. Mit dem Thema: „Wie erzielen wir Qualitätsarbeit?“ reimen sich solche Ausführungen schlecht. Sie blieben aber un widersprochen, obgleich gerade Frau Fia Wille als einzige von den drei Referentinnen zu der behandelten Frage ein Schlüsselwort sprach. Für uns ist die Sache nicht verwunderlich, sondern nur ein Beweis mehr für die vorhin aufgestellte Behauptung. — Daß auch für die Frauen im Handwerk die mehrjährige Lehre und eine gute fachliche Ausbildung gefördert wurde, ist selbstverständlich und für solche Berufe zu verstehen, die heute noch handwerksmäßig betrieben werden müssen. Die Vertreter der organisierten Klassenbewußten Arbeiterschaft haben auch stets die Errichtung von beruflichen Fortbildungsanstalten für Mädchen befürwortet, beziehungsweise die Zulassung von Schülerinnen zu den bestehenden Unterrichtsinstituten. Oftmals standen sie sogar mit solchen Forderungen allein, im Stich gelassen und bekämpft selbst von den Vertretern der Parteien, denen die Damen des Kongresses Gefolgschaft leisteten. Als letzte Vortragende der Gruppe sprach Fräulein Gertrud Israel über das Thema: „Was bedeutet die Organisation für unser berufliches Leben?“ Im Anfang schien es, als ob die Referentin, Vorstandsmitglied des kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte, das Thema in einem Sinne erörtern wolle, der auch den Verhältnissen der Arbeiterinnen gerecht geworden wäre. Sie verlor sich aber bald in die Wolken ethischer Betrachtungen, von denen die Arbeiterinnen nicht

fatt werden, und die nicht über die Bedingungen entscheiden, welche das Leben der Arbeiterinnen bestimmen. Ihr in solchen nebelhaften Betrachtungen zu folgen, hat keinen Zweck für Leute, die mit klaren Augen die Dinge betrachten, um praktische Arbeit zur Hebung der Arbeiterinnen zu leisten. Die Diskussion zu den Referaten brachte mit Ausnahme des erwähnten Falles nichts Bemerkenswertes. Die Einladung der Frau Reichskanzler, die sich herabließ, 600 Damen des Kongresses am Sonnabend zu empfangen, bildete sicher für eine große Anzahl der Teilnehmerinnen den Höhepunkt dieses dritten Verhandlungstags. g. h.

## Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württembergs.

### I.

Tiefgreifende wirtschaftliche Umwälzungen haben in den letzten Jahrzehnten in Württemberg stattgefunden, Umschichtungen, die auch die Stellung der Frau im Produktionsprozeß, im privaten und öffentlichen Leben vollständig ändern. Die Bevölkerung Württembergs fand früher in der Hauptsache ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft. Das ist heute nicht mehr der Fall. Industrie und Gewerbe, Handel und Verkehr haben an Bedeutung für das Wirtschaftsleben die Landwirtschaft überflügelt. Es ist dies eine der weitreichenden Veränderungen, die als Wirkungen des Aufkommens und der Entfaltung der modernen Großindustrie auftreten. Gerade diese Wirkungen sind auch maßgebend für die Umgestaltung der weiblichen Arbeit geworden. Werfen wir daher einen Blick auf sie.

In der Württemberger Industrie überragte früher der gewerbliche Kleinbetrieb bei weitem. Der Handwerksgefelle hatte noch Aussicht, selbständiger Meister zu werden, das Ideal des Mädchens im zahlreichen Klein- und Mittelbürgertum war, als Frau Meisterin im Kreise der Familie für ihren Mann und die Kinder wirken zu können. Diese Zeiten sind für den größten Teil der gewerblichen Bevölkerung des Landes endgültig vorbei. Die kapitalistische Großindustrie hat ihren Einzug in Württemberg gehalten. Sie hat an die Stelle der kleinen Werkstatt den Großbetrieb gesetzt. Mit dem schwachen, einfachen Werkzeug, wie es die Väter und Großväter handhabten, gibt sie sich nicht ab. Große kunstvolle Maschinen, die vielhundertmal mehr leisten als dieses, und dabei weniger Menschenkraft beanspruchen, sind in den Dienst der Industrie, des Gewerbes, auch des Verkehrs gestellt worden. Mechanische Kräfte — Wasser, Dampf, Elektrizität usw. — setzen die Maschinen in Bewegung. Segen den eisernen Arbeiter mit seinen riesenhaften Kräften, seinen sinnreichen Apparaten und seiner keine Ermüdung kennenden Ausdauer kommt der Mensch mit seinem einfachen, zwerghaften Werkzeug nicht mehr auf. Der Kleinhandwerker wird konkurrenzunfähig, und das um so rascher, als ihm mit großem Kapital die Möglichkeit fehlt, alle Vorteile des modernen Wirtschaftslebens auszunutzen. Er muß seine Werkstatt schließen und versuchen, bei dem Besitzer der Maschine Arbeit und Brot zu finden.

Am besten läßt sich dieser Entwicklungsprozeß in Württemberg am Schuhmacherhandwerk studieren. Früher hatte der Meister oder Geselle das bestellte Paar Stiefel oder Schuhe vollständig fertigzustellen. Er nahm den Kunden das Maß, schnitt danach sein Leder zurecht, nähte, nagelte, stiftete, färbte und putzte, bis das Paar fertig war. Dann kam ein anderes Paar an die Reihe. Diese Woche machte der ehrsame Meister vielleicht Schafstiefel, nächste Woche Kinderschuhe, dann Langschuhe für das gnädige Fräulein. Mit Leisten, Hstriecken, Hammer und Bechdraht brachte er die schönsten Kunstwerke fertig.

Anderwärts in der Fabrik. Da schneiden, nähen, hämmern, stiften, bürsten und putzen die Maschinen viel schneller, als das der Mensch tun kann. Dieser hat der Maschine nur neues Rohmaterial zuzuführen und darauf zu achten, daß die Arbeit

Ihren geregelten Gang geht. Der eine Arbeiter schneidet mit seiner Maschine jahraus jahrein Sohlen, der zweite das Oberleder, der dritte näht mit seiner Maschine diesen Teil, der vierte einen anderen, der fünfte nagelt, der sechste stiftet usw. Der einzelne Arbeiter bekommt durch die langjährige Übung ein und derselben Verrichtung eine große Fertigkeit. Da sein Lohn meistens nach Dutzenden oder Hunderten von Stücken berechnet wird, die Bezahlung aber recht knapp ist, strengt er sich aufs äußerste an, um möglichst viel fertig zu bringen. Zudem steht auch ein Antreiber hinter ihm, der ihn immer wieder vorwärts peitscht, wenn seine Kraft erlahmen will. So kann der Stiefel weit billiger hergestellt werden, als das dem Kleinhandwerker möglich ist. Der Kapitalist bezieht außerdem die Rohmaterialien weit billiger als der Kleinhandwerker, weil er viel größere Mengen auf einmal einkauft und zudem noch die Günst des Marktes ausnutzen, das heißt seinen Einkauf auf die Zeit verschieben kann, wenn die Materialien billig im Preise stehen, von anderen Vorteilen nicht zu reden. So schlägt der kapitalistische Großbetrieb den selbständigen Handwerker tot.

Noch ein anderes ist die Folge dieser veränderten Produktionsweise. Die Teilung der Arbeit in ihre einzelnen Verrichtungen macht den handwerksmäßig ausgebildeten Arbeiter mehr und mehr überflüssig. Wer früher bei einem Schuhmachermeister arbeiten wollte, mußte ein Paar Schuhe oder Stiefel fix und fertig herstellen können. Um ein Teilchen des Schuhs, noch dazu mit der Maschine, herstellen zu können, dazu braucht es keiner drei- oder gar vierjährigen Lehrzeit. Das lernt sich in wenigen Tagen oder Wochen. So wird der handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter durch den ungelerten mehr und mehr verdrängt. Der Weg für die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte steht offen. Zu mancher Arbeit sind Frauen sogar noch besser geeignet als Männer. Vor allem sind sie geduldiger und billiger. Die Frau verdrängt den Mann aus manchen Arbeitszweigen teilweise oder ganz. So auch in der Schuhmachererei.

Im Jahre 1882 gab es in Württemberg 14706 Schuhmachermeister, in deren Betrieben 1 Person bis 5 Personen tätig waren, und 84 Betriebe, die von 6 bis 50 Personen beschäftigten. 1895 zählte man nur noch 11600 Kleinbetriebe; die größeren Betriebe mit mehr als 5 Personen aber hatten sich auf 134 vermehrt, von denen 20 mehr als 50 Personen beschäftigten. Im Jahre 1907 war die Zahl der selbständigen Kleinmeister gar auf 8161 gesunken. Es sind das 6545 weniger als im Jahre 1882, obgleich in dieser Zeit die Bevölkerungszahl Württembergs um 380541 gestiegen war. Die Großbetriebe hingegen hatten sich auf 192 vermehrt. Rund 6500 Meister weniger, 100 Fabriken mehr!

Damit nicht genug! Auch die Qualität des Meisters hat sich geändert. Der Kleinmeister von heute ist ein ganz anderer als der von 1882. Damals war der Schuhmachermeister ein Mann, der Schuhe wirklich selbständig herstellte, während er heute meist vom Händler die einzelnen Teile holt, aus denen der Schuh zusammengesetzt ist. Viele „Meister“ machen nur in seltenen Fällen noch einen Schuh, sie müssen sich damit begnügen, die im Laden gekauften Fabrikshuhe zu flicken.

Die Änderung der Produktionsweise ist naturgemäß auch von einschneidender Bedeutung für die in der Schuhindustrie beschäftigte Arbeiterschaft. Die Maschine hat viele Arbeiter überflüssig gemacht. Die Zahl der Beschäftigten sank in der Württemberger Schuhindustrie von 22735 im Jahre 1882 auf 20242 im Jahre 1895 und auf 19601 im Jahre 1907. Also eine Verminderung um mehr als 2000 Arbeiter. Noch größer aber ist die Zahl der männlichen Arbeiter, die durch die Frau aus der Schuhindustrie verdrängt worden sind. Von den 22735 Personen, die das Schuhmachergewerbe Württembergs 1882 beschäftigte, waren nur 386 weiblichen Geschlechts. Unter den 20242 Arbeitskräften des Jahres 1895 befanden sich bereits 1142 Frauen und Mädchen, 1907 aber waren unter den gezählten 19601 Arbeitskräften 2431 weibliche. Die Zahl der männlichen Arbeitskräfte ist also um 5179

zurückgegangen, die Zahl der weiblichen hat sich veriebenenacht.

Wir haben dieses eine Gewerbe der Schuhmachererei herausgegriffen, weil es klar und deutlich das Vordringen des kapitalistischen Großbetriebs, die Vernichtung des Kleinbetriebs und die rapide Zunahme der Frauenarbeit widerspiegelt. Wie in diesem Gewerbe, so steht es auch in den meisten anderen Industrien.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Gesamtgewerbe Württembergs (A. Gärtnerei, Tierzucht, Fischerei; B. Industrie; C. Handel und Verkehr) sei kurz durch folgende Zahlen gekennzeichnet: Es haben sich die sogenannten Hauptbetriebe des Gesamtgewerbes in der Zeit von 1882 bis 1907 vermindert von 143983 (1882) über 139863 (1895) bis auf 135319 im Jahre 1907, während gleichzeitig die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen von 295120 auf 388257 und 517813 zugenommen hat. In der Industrie allein ist in der Zeit von 1895 bis 1907 die Zahl der Hauptbetriebe von 103281 auf 91471 gesunken, der Prozentsatz der Kleinbetriebe — die bis 5 Personen beschäftigten — von 49,3 auf 33,6 zurückgegangen, die Zahl der in den Groß- und Kleinbetrieben beschäftigten Arbeiter hat sich hingegen von 315600 auf 416500 vermehrt. Die in der eigentlichen Industrie zur Verwendung kommenden mechanischen Kräfte (Dampf, Elektrizität, Wasser, Gas, Spiritus usw.) haben, nach Pferdestärken berechnet, um mehr als das Doppelte zugenommen, nämlich von 104000 auf 299000.

In den folgenden Artikeln wollen wir darlegen, wie diese wirtschaftliche Entwicklung auf die Stellung der Frau im landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktionsprozeß und damit in der heutigen Gesellschaftsordnung überhaupt eingewirkt hat.

## Aus der Bewegung.

Ein freudiges und stolzes Bekenntnis zum Sozialismus legten die Genossinnen Berlins am 3. März ab, als sie in sieben der größten Säle der Stadt zusammenströmten, um den Vorträgen über „Die Befreiung der Frau durch den Sozialismus“ zu lauschen und folgender Resolution ihre Zustimmung zu geben:

„Die versammelten Frauen und Mädchen erklären, daß sie allein in der sozialdemokratischen Partei und in den freien Gewerkschaften ihre politische und wirtschaftliche Interessenvertretung und Kampforganisation sehen. Als kapitalistisch Ausgebeutete haben sie mit den Männern ihrer Klasse das gleiche Interesse an der Bekämpfung und Niederringung des Kapitalismus. Erst die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Sozialisierung der Gesellschaft wird die wirtschaftliche und geistige Befreiung der Frau bringen.“ Sie wird erst die Vorbedingung schaffen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit der Frau, für das volle Menschentum des Weibes.

Eine tiefe, unüberbrückbare Kluft trennt deshalb die proletarische und bürgerliche Frauenbewegung voneinander. Denn in hartem Ringen mit den Frauen und Männern der bestehenden Klasse vollzieht die Arbeiterklasse ihren Aufstieg, wird sie ihre endliche Befreiung durchsetzen.

Die Versammelten versprechen, daß sie unablässig und mit Energie für die Ausaat sozialistischer Ideen, für den Ausbau unserer gewerkschaftlichen und politischen Organisation tätig sein wollen.“

Veranstaltet waren diese Versammlungen gemeinsam von der sozialdemokratischen Parteiorganisation Groß-Berlins und der Berliner Gewerkschaftskommission. Sie hatten den Zweck, klar zum Ausdruck zu bringen, welche unüberbrückbare Kluft die proletarische Frauenbewegung von der bürgerlichen trennt. In Konsequenz dieser Überzeugung hatten deshalb Sozialdemokratinnen auf dem bürgerlichen Frauentag, der vom 27. Februar bis zum 3. März getagt hatte, nichts zu suchen. Was theoretische Erkenntnis und praktische Erfahrung uns gelehrt, wurde zudem durch den Verlauf der Kongreßverhandlungen aufs neue bestätigt. Diese bewiesen, daß die bürgerliche Frauenbewegung sich nicht nur dadurch grundsätzlich von uns unterscheidet, daß sie mit beiden Beinen auf dem Boden des Kapitalismus steht, sich zu ihm bekennt und ihn stützt, sondern auch dadurch, daß sie in ihrer praktischen Tätigkeit, in ihren Gegen-

wartfordorderungen sich immer mehr nach rechts entwickelt. Diese Tatsache wurde von unseren Rednerinnen des Tages, von den Genossinnen Tietz, Thiede, Greifenberg, Kähler, Wehl, Wulf und Zieg in gebührender Weise beleuchtet. Um so erfreulicher war es deshalb, daß die Versammlungen der proletarischen Frauen sich zu einer Riesendemonstration für den Sozialismus gestalteten. In den Lokalen der Bezirks- und Lesabend hatten die Genossinnen sich versammelt und zogen von dort in kleineren und größeren Trupps in die einzelnen Säle, damit stundenlang das Straßenbild der Stadt beherrschend. Lange vor 2 Uhr, dem festgesetzten Beginn der Versammlungen, waren Säle und Galerien gefüllt. In einigen Lokalen sperrte die Polizei ab, und noch immer neue Scharen Proletarierinnen strömten heran. Man drängte sich noch enger zusammen, um Raum zu schaffen für die Neuankommenden. Freundlich lächelnd wurden zwei Stühle zusammengerückt, um so Sitzgelegenheit für drei zu schaffen. Hunderte begnügten sich mit Stehplätzen. In atemloser Spannung folgten die Besucherinnen den Ausführungen der Rednerinnen, spontan brach der Beifall los, wenn in der Rede die Empfindungen der Zuhörer scharf zum Ausdruck kamen, und das Händeklatschen wollte schier nicht enden, als die Referentinnen am Schlusse ihres Vortrags die Sieghaftigkeit des Sozialismus überzeugend nachgewiesen und dargetan hatten, daß nur jenseits der Mauern der kapitalistischen Ordnung der Dinge den Frauen Freiheit und volles Menschentum blühe. Zahlreiche Frauen vollzogen am Schlusse der Versammlungen ihren Eintritt in die Partei. Eine Anzahl bürgerlicher Frauen waren gleichfalls erschienen, in zwei Versammlungen beteiligten sie sich an der Diskussion, in den übrigen schwiegen sie.

Es war ein herrliches Bild, die überfüllten Frauenversammlungen. Mit Freude und Stolz sah man die lebhaft erregten Gesichter, die glänzenden Augen, das ungeteilte Interesse der Besucher, die am Schlusse, bei dem begeistert ausgebrachten Hoch auf die Sozialdemokratie, wie zum Schwur die Hände erhoben, im Kampfe für die Befreiung des Proletariats nicht zu erlahmen, sondern für diesen heiligen Kampf die beste Kraft einzusetzen. Die Proletarierinnen, die auf dem bürgerlichen Frauensongress verächtlich als „die Kulturlosen“ bezeichnet worden waren, hatten sich in den Versammlungen als die wichtigsten Kulturträger zusammengefunden, nicht etwa nur in dem Sinne, daß ihrer Hände Arbeit schaffen muß, was die Gesellschaft erhält und formentwickelt, sondern in der weitergehenden Bedeutung, daß sie berufen sind, die Schlachten für die Befreiung der Arbeit zu schlagen und damit für die Befreiung des Weibes, für die Befreiung der ganzen Menschheit. Für die verachteten Proletarierinnen wie für das gesamte Proletariat bewahrheitet sich das Bibelwort: Der Stein, den die Bauleute verworfen haben, er ist zum Eckstein geworden.

Luisa Zieg.

**Von der Agitation.** Im Januar und Februar hielt die Unterzeichnete für verschiedene Organisationen Versammlungen ab. Der Fabrikarbeiterverband in Dresden veranstaltete 13 Fabrikversammlungen, die trotz der kleinen Mittel, welche die Fabrikanten gegen sie anwendeten, im Durchschnitt sehr gut besucht waren. Die Zahlstelle Dresden des Fabrikarbeiterverbandes hat in der letzten Zeit über 250 Mitglieder gewonnen. Für den Textilarbeiterverband fanden in Pirna zwei Versammlungen statt, in denen es sich hauptsächlich um die Arbeitsverhältnisse bei einer Firma mit Spinnerei für Kunstseide handelte. Die Fabrik erhält nach einem Erweiterungsbaue, aber schon jetzt beschäftigt sie über 900 Arbeiter und Arbeiterinnen. Es arbeiten Italienerinnen dort, und die Ankunft von 50 bis 60 galizischen Mädchen steht bevor. Man muß abwarten, zu welchem Lohn und unter welchen Bedingungen sie eintreten werden. Jedenfalls ist für die Textilarbeiterinnen der Anschluß an ihren Verband mehr wie je notwendig. Entlohnung und Bezahlung der Arbeiterinnen lassen in den einzelnen Abteilungen des Betriebs viel zu wünschen übrig. Der Holzarbeiterverband, Sitz Dresden, berief in Cunersdorf-Mebingen eine öffentliche Versammlung ein, die einen guten Erfolg hatte. Der große Saal des Gasthofes war voll besetzt. In Dippoldiswalde sprach die Unterzeichnete in einer Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins über das Thema: „Was lehren uns die Reichstagswahlen?“, im Bezirk Weißig-Bühlau des vierten Wahlkreises in einer öffentlichen Frauenversammlung über die Frage: „Welches Interesse haben die Frauen, Arbeiterinnen und Mütter an den Bestrebungen der Sozialdemokratie?“ Überall bekundeten die Frauen reges Interesse für politische Fragen.

Marie Wadewitz.

**Von den Organisationen.** In Rostweil ist eine Frauenabteilung des sozialdemokratischen Wahlvereins gegründet

worden, die gegenwärtig bereits 107 Mitglieder zählt. Zur Vorsitzenden wurde Genossin Franz gewählt. Die Genossinnen werden bestrebt sein, der Organisation noch mehr weibliche Mitglieder zuzuführen. Ebenso trachten sie danach, die grundsätzliche und praktische Schulung der organisierten Frauen zu fördern.

### Politische Rundschau.

Das deutsche Bürgertum ist eine große Sorge los. Am 8. März ist der Sozialdemokrat aus dem Reichstagspräsidium hinausgewählt worden. Vier lange Wochen hatte der Nationalliberalismus seine furchtbare Mitschuld zu tragen, daß im Präsidium des deutschen Reichstags ein Vertreter des Umsturzes saß, einer, der kraft seiner republikanischen Überzeugung dem Kaiser die Reverenz verweigerte. Ein sozialistenreines Präsidium ist gewählt worden und — Welch ein Triumph der Linken! — ein rein liberales Präsidium, das sich aus den beiden Fortschrittler Kämpf und Dove und dem Nationalliberalen Paasche zusammensetzt. Das mutet freilich sonderbar an, da die beiden liberalen Fraktionen mit ihren 88 Mitgliedern noch nicht einmal ein Viertel des Reichstags ausmachen. Und der Triumph des Liberalismus ist in Wirklichkeit eine ziemlich windige Sache. Denn dieses liberale Präsidium ist zu einem Drittel mit sozialdemokratischer und zu zwei Dritteln mit reaktionärer Hilfe gegen einen Teil des Liberalismus selbst zustande gekommen. Die Blauschwarzen versuchten nur bei der Wahl des Präsidenten die Kraftprobe; Kämpf, der die Stimmen der Sozialdemokraten und der Liberalen erhielt, siegte mit einer Stimme Mehrheit über den Zentrumsmann Spahn. Daraufhin hätten die verärgerten Junker und Pfaffen am liebsten die Flinten ins Korn geworfen. Aber da drohte die schreckliche Gefahr, daß die Sozialdemokraten ihren Kandidaten für den Posten des ersten Vizepräsidenten durchsetzten, zumal die Fortschrittler diesmal bei der Stange blieben und ohne Rücksicht auf die Ablehnung des Hofgangs den sozialdemokratischen Anspruch anerkannten und unterstützten. Die Nationalliberalen wären ja bereit gewesen, einen Vertreter der Blauschwarzen ins Präsidium zu wählen. Doch diesen den Posten des ersten Präsidenten zugestehen, hätten die Kämpfer wider den blauschwarzen Moos nicht gut können, ohne sich selbst zu ohreifeigen und sich um den Rest ihres Ansehens im Reiche zu bringen. So waren denn die eifrig zwischen Nationalliberalen und Reaktion geführten Verhandlungen gescheitert. Den ersten Vizepräsidenten aber wollten die Nationalliberalen für sich selbst, nachdem sie den Präsidenten nicht bekommen hatten. Da die Sozialdemokraten für den Genossen Scheidemann als ersten Vizepräsidenten stimmten und ebenso die Fortschrittler, die Nationalliberalen für Paasche, so hätte eine Stichwahl herauskommen können zwischen dem Vertreter der Sozialdemokraten und dem der Blauschwarzen, wenn diese einen eigenen Kandidaten aufstellten. Und der Ausgang dieser Stichwahl wäre sehr ungewiß gewesen. Daher stimmten die Blauschwarzen für den Nationalliberalen, um die Gefahr der Wahl des Sozialdemokraten aus dem Wege zu räumen. Allerdings hätten sich die Blauschwarzen wohl gern die Schadenfreude geleistet, dem Liberalismus durch die Mitgliedschaft der Roten im Präsidium Ungelegenheiten zu bereiten. Wenn sie die Wahl des Sozialdemokraten verhinberten, so taten sie dies erst auf dringliches Ersuchen der Regierung hin. Diese ließ deutlich durchblicken, wie übel es Wilhelm II. aufnehmen würde, wenn wieder ein Mann ins Präsidium gewählt werde, der ihm nicht den gewohnten Kratzfuß machen will. Diesen Wind durften die Königstreuen nicht übersehen — ein gutes Verhältnis zum Monarchen ist eben für sie mehr wert als ein Duzend Reichstagsitze. So wurde Paasche mit den Stimmen seiner Partei und der Blauschwarzen gewählt, und ebenso Dove. Dieser zudem noch gegen die Stimmen seiner eigenen Fraktion, da diese für den Sozialdemokraten stimmte. So ist das liberale Präsidium also ein Gebilde von Gnaden der Blauschwarzen und Sozialdemokraten, und die beiden liberalen Vizepräsidenten verdanken ihre Posten der Angst vor einem roten Vizepräsidenten. Das neue Präsidium hat keinen Sozialdemokraten mehr in seiner Mitte, aber seine Zusammensetzung ist darum nicht minder ein Zeichen der parlamentarischen Machtstellung der Sozialdemokratie, als es das erste vorläufige Präsidium mit dem sozialdemokratischen Vizepräsidenten war. In der Komödie des Reichstagspräsidiums spiegelt sich der Ausfall des Wahlkampfes wider, in dem der Liberalismus nur mit Unterstützung von Rechts und Links ins Parlament gelangte.

Zugleich ist das neue Präsidium ein Denkmal nationalliberaler Feigheit. Daß die Felden um Wassermann die Ablehnung des Hofgangs durch die Sozialdemokratie als willkommenen Vorwand benutzten, um den sozialdemokratischen Vizepräsidenten hinauszuwählen, das wußte man schon. Sie wollten aber nicht bloß von der furchtbaren Schuld an der Wahl eines sozialdemo-

kratischen Vizepräsidenten gereinigt sein, die das Herz des Kaisers so verwundet hatte, sie wollten auch nicht einmal mittelbar verantwortlich sein für dessen Wiederwahl. Sie zitterten bei dem Gedanken, daß die Blauschwarzen sich der Wahl enthalten könnten und daß dann ihnen wegen ihres Festhaltens an Paasche die Schuld an der Wahl Scheidemanns zugeschrieben werden könnte. Das Eingreifen der Regierung hinter den Kulissen, der Wink vom Hofe war für sie eine Erlösung. Wenn nach diesen Beweisen von Mannesmut noch jemand an den Willen und die Fähigkeit des nationalliberalen Bürgertums glaubt, Junker und Pfaffen niederzuringen oder diese auch nur den sozialdemokratischen Angriffen preiszugeben, so muß man die Stärke eines solchen Glaubens staunend bewundern. Das Märchen von der Mehrheit der Linken, von dem Liberalismus, der das Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie gegen den Rückschritt nicht schämt, ist in aller Form als Märchen erwiesen. Und daß der Fortschritt, wenn es erst um grundsätzliche Forderungen geht und es sich nicht nur um dekorative Fragen handelt, besser standhalten wird als der nationalliberale Bruder, ist kaum zu erwarten.

Die Reichsregierung schwebt noch in ihren Deckungsnot. Das Zentrum will nicht an neue Steuern heran. Seine Blätter stellen die abenteuerlichsten Rechnungen auf, um zu beweisen, daß die Steuern der Finanzreform in den nächsten Jahren so hohe Erträge ergeben werden, daß die Kosten der Rüstungsvorlagen ganz gut von den regelmäßigen Einnahmen gedeckt werden können. Wahrscheinlich glauben die Schwarzen selber nicht, daß sich dieser Schwindel längere Zeit halten läßt, sie wollen nur eine Snadenfrist gewinnen; später läßt sich wieder eine andere Gaunerei ausbeden, um der unangenehmen Erbschaftsteuer zu entgehen. Indessen will sich Schatzsekretär *Wermuth* auf ihre Milchmädchenrechnungen nicht einlassen; er besteht auf seinem Satz: Ohne Deckung keine neue Ausgabe. Und er hat auch alle Veranlassung dazu, zumal jetzt unwidersprochen mitgeteilt wurde, daß die Heeresvorlage 800 Millionen Mark, die Marinevorlage 200 Millionen Mark Kosten auf mehrere Jahre verteilt erfordern wird, so daß sich auf jeden Fall sehr kräftige Jahresraten ergeben. Eine Milliarde Mehrausgaben für Militärzwecke ist kein Pappenstiel, und man begreift schon, daß Herr *Wermuth* vor dem Gedanken schaudert, diese Riesensumme ohne neue Steuern aufzubringen. Indes das kümmert das Zentrum nicht. Die Angst vor seinen Wählern ist stärker als alle Beweise des Schatzsekretärs, daß der Vorschlag der Schwarzen die Defizite und die Pumpwirtschaft verewigen muß. Sie haben ihr bayerisches Ministerium — das übrigens komischerweise kein Zentrumsministerium sein will, wie Herr *v. Hertling*, der vor einem Monat noch Führer des Zentrums im Reichstag war, wieder männlich versichert — bereits zu einem Vorgehen gegen die Erbschaftsteuer im Bundesrat scharf gemacht. In seiner Programmrede hat der bayerische Ministerpräsident erklärt, daß die bayerische Regierung die Finanzhoheit der Bundesstaaten wahren werde, was in Verbindung mit anderen Sätzen allgemein als eine Verwahrung gegen die Erbschaftsteuer verstanden wird. Das scheint die Konzepte des Reichskanzlers arg in Verwirrung gebracht zu haben. Die Wehrvorlagen, so ließ dieser offiziös verlünden, sind fertig und an den Bundesrat gelangt, die Deckungsfrage aber ist noch gänzlich ungelöst. Eine Konferenz der Finanzminister der Bundesstaaten ist im letzten Augenblick wieder abgesagt worden. Der Reichskanzler weiß offenbar noch nicht, was er wollen muß.

Die Feinde des Koalitionsrechtes gehen jetzt überall in den Parlamenten zum Angriff über. Bei den Debatten zum Etat des Innern, bei denen die sozialdemokratischen Redner die gänzliche Unzulänglichkeit der vom Kaiser in seiner Thronrede so hoch gepriesenen deutschen Sozialreform aufgedeckt haben, kamen die Konservativen mit Forderungen auf „Schutz der Arbeitswilligen“; im preussischen Dreiklassenhaus des gleichen. Und in der Gesetzgebungsdeputation des sächsischen Landtags hat der konservative *Böhme* eine Reihe von Gewaltmaßregeln zur Erdrosselung der Lohnkämpfe vorgeschlagen. Durch spätere Beimischung eines Tropfens „Parität“ haben diese Vorschläge nichts von ihrem Ludergeruch verloren, weil alle Parität eine verlogene Redensart ist, wenn Arbeiter und Unternehmer unter ganz verschiedenen Bedingungen kämpfen. Im preussischen Herrenhaus soll ein Antrag gleichen Geistes dieser Tage zur Verhandlung kommen. Die Reichsregierung ließ freilich durch den Mund des Staatssekretärs *Delbrück* im Reichstag erklären, sie lehne Ausnahmemaßregeln gegen das Koalitionsrecht ab. Indes ist es fraglich, wie lange sie noch dem wütenden Ansturm der Junker und Scharfmacher standhalten

kann. Außerdem war die Ablehnung des Staatssekretärs durch den Nachsag vergiftet, daß die Gerichte in letzter Zeit *erfreuliche* Weise scharfer gegen die Streikbergehen vorgehen. Ein Wink, der von den unabhängigen deutschen Richtern nur zu gut verstanden werden wird! Was es mit der gerühmten Sozialpolitik der preussisch-deutschen Regierung auf sich hat, zeigt übrigens der Umstand, daß sie angesichts des drohenden Kohlengräberstreiks die Entsendung von Gendarmen und Soldatenpferden ins Ruhrrevier als ihre wichtigste Pflicht ansah und daß sie, noch ehe die Grubenproletarier den Krieg erklärt hatten, in einer offiziellen Auslassung Stellung gegen diese nahm. Dabei scheute sich die Regierung natürlich nicht, in dieser Kundgebung die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Zur selben Zeit hat die englische Regierung den Grundsatz des Mindestlohns für die Bergleute als berechtigt anerkannt. Allerdings auch erst in dem Augenblick, da eine Million Kohlengräber die Arbeit niederlegte.

In der sächsischen Kammer haben Regierung und bürgerliche Parteien einen Antrag der Sozialdemokratie auf gleiches Wahlrecht für beide Geschlechter rundweg abgelehnt — nicht einmal der Fortschritt war für diese Forderung zu haben. Diese Verhandlungen liefern dem Proletariat neue Waffen für den Wahlrechtskampf.

Das Zentrum in Bayern ist nicht so ängstlich wie der Nationalliberalismus im Reiche. Es hat in rücksichtsloser Weise alle drei Präsidentensitze im Landtag mit seinen Leuten besetzt, nachdem die Liberalen seine Bedingungen nicht annehmen wollten. Das Zentrum bestand nämlich auf den Ausschluß der Sozialdemokratie aus dem Präsidium, weil diese antimonarchisch ist. Diese heuchlerische Begründung rief im Landtag stürmische Heiterkeit hervor, weil die Schwarzen sich einst ganz gern mit der Sozialdemokratie zu Wahlbündnissen vereinigt haben. Aber jetzt sind sie monarchisch bis auf die Knochen. Denn der Prinzregent will so, wie das Zentrum will.

H. B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Die große Schlacht im Kohlenbergbau ist im Gange. In England „fiel der erste Schuß“: der Streik des Grubenproletariats ist vollständig. In Deutschland haben die Bergleute des Ruhrreviers Haxe und Schaufel weggelegt, ihre Arbeitsbrüder in Sachsen und Schlesien stehen dicht vor Ausbruch des Kampfes. In Rußland ruht die Kohlenförderung im Dombrowabeden. In Frankreich sind bereits die Bergleute einiger Distrikte in den Ausstand getreten, und auch die des übrigen Landes sind so wie die Belgien und Österreichs entschlossen, ihre Lohnbewegung mit der Waffe des Streiks zu führen. Und mit dem Vorstoß der Zeichenflaben in Nordamerika schließt sich der Ring. In England hat die Regierung zeitig eingegriffen, um den Kampf zu verhindern. Doch alle Bemühungen und schönen Worte der Minister waren umsonst. Die Vermittlungsvorschläge der Regierung waren zu unbestimmt, und die Arbeiter sind durch die bitteren Erfahrungen ihrer Brüder im Verkehrsgewerbe gewigigt. Das Verhalten der Grubenbesitzer blieb überdies zu ablehnend, und so bestand auch die große Empörung der Bergarbeiter ungemildert weiter. Der angekündigte Niesenstreik wurde zur Tat. Die Regierung versuchte weiter zu vermitteln. Ein Teil der Unternehmer konnte sich nicht dazu bequemen, den Grundsatz des Mindestlohns anzuerkennen, und die Regierung vermochte nicht die Herren zur Anerkennung zu zwingen, sie konnte sich aber auch bis jetzt nicht dazu aufpassen, durch das Parlament den Mindestlohn im Kohlenbau gesetzlich festlegen zu lassen. Die Bergarbeiter wollen jedoch nur bei Zusage des individuellen Mindestlohns die Hand zum Vergleich bieten. Während unter Vermittlung der Regierung noch verhandelt wurde, traten die Bergarbeiter in den Ausstand. Am 1. März zählte man bereits über eine Million Ausständiger. Die gewaltige Arbeitseinstellung vollzog sich in musterhafter Ruhe und Ordnung. Der Streik übt seine Wirkung auf die übrigen Gewerbe aus. Durch den Kohlenmangel werden zahlreiche industrielle Betriebe lahmgelegt. Bereits vor Ende der ersten Streikwoche waren in Leeds 75 000, in Westschottland 62 000, in Südwales 40 000, in Staffordshire 50 000 Arbeiter anderer Industrien beschäftigungslos. Nicht minder schwer sind Eisenbahnverkehr und Schifffahrt betroffen. Der Eisenbahnverkehr ist wesentlich eingeschränkt, vielezüge fallen gänzlich aus. Schon am 1. März lagen im Glasgower Hafen über fünfzig Dampfer wegen Kohlenmangel still. Die Fischdampfer können nicht in See stechen, und die Großhändler würden auch die Fänge gar nicht abnehmen, da bei der Unsicherheit der Frachtenbeförderung das Verderben der Ware gewiß ist. Auch außerhalb Englands macht sich der Mangel an englischer Kohle geltend. In Stettin und in Ham-

burg hat die englische Kohleneinfuhr gänzlich aufgehört. Die deutschen Hafenreedereien in Kiel schränken den Verkehr auf die Hälfte ein. In Schweden mußten Fabriken geschlossen werden. Die Kohlenpreise steigen stark. Wie dieser riesenhafte Kampf enden wird, läßt sich nicht vorhersehen. Sicher ist, daß sich die englischen Bergleute durch allgemeine Versprechungen der Regierung nicht bewegen lassen werden, den Kampf vorzeitig abzubrechen.

Im deutschen Kohlenbergbau wird im Ruhrrevier seit Montag den 11. März gestreikt. Die Revierkonferenz des alten Verbandes der Bergarbeiter, der Hirsch-Dunderschen und des polnischen Verbandes, die am 10. März in Herne stattfand, beschloß mit 507 gegen 74 Stimmen den Ausstand. Nach der Annahme des Streikbeschlusses erklärten die 74 Delegierten, die dagegen gestimmt hatten, einmütig, sie würden gleichfalls für den beschlossenen Streik eintreten. In den am gleichen Tage im Ruhrrevier veranstalteten Massenversammlungen der Bergarbeiter wurde die Streiklösung mit großer Begeisterung aufgenommen. Die Versammlungen waren von etwa 150000 Bergleuten unter zahlreicher Beteiligung der christlichen Bergarbeiter besucht, die sich solidarisch mit den übrigen Grubenproletariern erklärten und sich dagegen verwahrten, Streikbrecher zu werden.

Auch noch nach Ausbruch des Kampfes suchen die Führer der Christlichen die Bewegung durch Verrat zu zersplittern. Imbusch und Wiesheris erklärten sich in einer Versammlung des christlichen Gewerkschaftsbundes gegen den Streik. Sie, die früher sich entschieden für einen Lohnkampf aussprachen und als geeigneten Zeitpunkt dafür gerade einen etwaigen Streik der englischen Kameraden bezeichneten, lehnen jetzt unter verlegenen Ausflüchten die Beteiligung daran ab. Sie denunzieren die Bewegung als sozialdemokratische Machtprobe und behaupten, sie solle nur zur Unterstützung der deutschfeindlichen Engländer dienen, die doch niemals den deutschen Arbeitern wirksame Solidarität erwiesen hätten. Hoffentlich lassen sich die christlichen Bergarbeiter nicht irre machen durch diese albernen Märchen, die nur die treulose Handlungsweise der Führer beschönigen sollen. Ihr wohlverstandenes Interesse als Ausgebeutete und Geknechtete wird ihnen zeigen, was hinter dem bestigen Geschrei der Herren steckt, die Arbeiter möchten sich nicht durch die sozialdemokratischen Führer verführen, aufhegen lassen: der nackte Vorteil der Reichenbarone und ihrer schwarzen Schutzgarde. Die wahren Hege sind die Grubenbesitzer, die ein schamloses Spiel mit den Arbeiterforderungen trieben. Wie denn hat der bergmännische Hüttenverein (Grubenbesitzerverband) auf die Eingabe der drei Verbände geantwortet, die an der Bewegung beteiligt sind? Mit nichtsagenden, ja aufreizenden Ausflüchten. Die Forderungen gingen die Organisationen nichts an. Die Arbeiterausschüsse, als gesetzliche Vertreter der Bergarbeiter, sollten sich damit an die einzelnen Grubenverwaltungen wenden. Die Grubenverwaltungen wiederum lehnen ihrerseits ein Eingehen auf die Lohnforderungen mit der Begründung ab, daß die Arbeiterausschüsse zur Vertretung von Lohnforderungen nicht befugt seien, daß sie nur Wünsche und Anregungen der Arbeiter vorbringen dürften. Durch dieses standalöse Verhalten der Grubenherrn war die Spannung aufs höchste gestiegen. Die Bergarbeiterführer kostete es große Mühe, die Bergarbeiter von wilden Streiks zurückzuhalten. Auf zwei Rechen wurde die Arbeit schon vor Ausbruch des allgemeinen Kampfes eingestellt. In der einen fuhrten die Arbeiter aber auf den Rat der Führer hin wieder an. Bereits vor Ausbruch des Kampfes stellte sich die Regierung auf Seiten der Grubenherrn, indem sie sich in einer offiziellen Auslassung gegen die Arbeiter unter Verdrehung der Tatsachen wandte. Natürlich hat sie auch für genügende Gendarmen zum Schutz der Arbeitswilligen gesorgt. Der Staatsminister v. Delbrück, der im Reichstag darauf hingestochen worden war, dem vermittelnden Beispiel der englischen Regierung zu folgen, hatte eine Konferenz mit den Führern der Bergarbeiterverbände abgehalten, um sich über den Stand der Sache zu informieren. Doch war es von einem preußisch-deutschen Minister nicht zu erwarten, daß er diese Informationen nützen würde, um den Bergarbeitern zu ihren gerechten Ansprüchen zu verhelfen. Die schlesischen und sächsischen Grubenarbeiter haben auf die Ablehnung ihrer Eingaben hin erneute Forderungen erhoben.

In Belgien ist die Situation noch nicht geklärt. Die französischen Bergleute haben auf ihrem Kongreß eine Reihe von Forderungen an die Gesetzgebung aufgestellt, unter anderem: Einführung des Achtstundentags, Erhöhung der Alterspension. Sie sind entschlossen, diesen Forderungen durch den Generalstreik Nachdruck zu verleihen. Auf einigen Gruben in der Vendée und Was de Calais herrscht bereits Streik. In Osterreich ist in den Kohlengruben gleichfalls eine Lohnbewegung im Gange, die zu Ausständen führen kann. Entscheidende Beschlüsse stehen unmittelbar bevor. In den Vereinigten

Staaten haben die Tarifverhandlungen der Bergarbeiter wenig Aussicht auf einen friedlichen Ausgang. So regen sich allerorts in den kapitalistischen Staaten die Bergsklaven, um eine menschenwürdiger Lebenshaltung zu erringen. Die Herzen aller Proletarier sind auf ihrer Seite, selbst wenn sie zeitweilig unter dem Kampfe ihrer Brüder zu leiden hätten.

Im Schneidergewerbe ist ein großer Lohnkampf zum Ausbruch gekommen. Die zentrale Schlichtungskommission brachte eine Einigung nicht zustande. Daraufhin wandte sich der Unternehmerverband nochmals mit einem Schreiben an den Verband der Schneider und fragte an, ob dieser zu einer nochmaligen Verhandlung bereit sein würde, obwohl die vertraglichen Verpflichtungen in bezug auf die Einigungsversuche erschöpft seien. Der Schneiderverband antwortete zustimmend. Die Verhandlung sollte am 7. März in Halle a. S. stattfinden. Das ließ die Hoffnung auf eine mögliche Einigung zu. Da teilte ganz unerwartet der Unternehmerverband dem Schneiderverband mit, daß am 9. März laut Beschluß die Generalaussperrung erfolgen werde. Sie würde sich auf 158 deutsche Städte erstrecken und 35000 Arbeiter und Arbeiterinnen betreffen.

Als dritte große Lohnbewegung schließt sich die der Porzellanarbeiter an. Auch hier haben die Unternehmer die Aussperrung verfügt. Die Aussperrung erstreckt sich in der Hauptsache auf Orte in Thüringen, Sachsen, Schlesien und Bayern. Eine große Reihe von Betrieben ist stillgelegt, zumal die, wo unorganisierte Arbeiter sich mit den organisierten solidarisch erklärten und die Betriebe verließen. Auch bei dieser Bewegung spielen die Christlichen die ihnen bereits geläufige Rolle der Streikbrecher. Die Unternehmer werden mit ihrer Zwangsmahregel jedenfalls eine Enttäuschung erleben, da der Porzellanarbeiterverband gut gerüstet ist und die anderen Gewerkschaften hinter ihm stehen. Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften hat bereits durch einen Aufruf zu Sammlungen für die kämpfenden ausgefordert. Etwa 9000 Arbeiter und Arbeiterinnen sind ausgesperrt.

Das Steinselegergewerbe hat eine Anzahl größerer Kämpfe zu verzeichnen. Der Unternehmerverband dieses Gewerbes ist ebenfalls sehr aussperrungsflüchtig. Als gutes Vorspiel ist es wohl zu betrachten, daß in Leipzig, dem Orte, wo der Unternehmerverband seinen Sitz hat, der Kampf von den Arbeitern siegreich beendet wurde. Nicht genug damit, daß hier der Anschlag der Unternehmer auf das Koalitionsrecht der Arbeiter abgewehrt wurde, die Unternehmer mußten sich obendrein noch zu einer Lohnerhöhung verpflichten.

Auf den Schichauwerften in Danzig und in Elbing ist es zum Kampfe gekommen. In Danzig sind 2800 und in Elbing 1200 Personen ausständig. Die Arbeiter fordern unter anderem Einstellungsgehälter, die sich zwischen 80 bis 45 Pf. pro Stunde bewegen, und Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden. Solch bescheidene Forderungen hat der Unternehmer in schroffster Form abgelehnt!

Ein empörend hartes Urteil wegen Streikvergehens fällte die Erfurter Strafkammer. Während der Metallarbeiterausperrung sollte ein Wörtchen einen arbeitswilligen Schlosser belästigt und mit einem spitzen Gegenstand in den Arm gestochen haben. Der Angeklagte bestritt die Tat, doch das Gericht verließ sich auf die Glaubwürdigkeit des Zeugnisses von Arbeitswilligen. Es beurteilte den bisher völlig unbescholtenen Angeklagten zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis. Kosadowsky hat zureichend Deutschland als das Land der vollendeten Rechtsgarantien erklärt — für Arbeitswillige natürlich. #

**Erfolge gewerkschaftlicher Arbeiterinnenkonferenzen.** Um das Interesse der Arbeiterinnen für die gewerkschaftliche Mitarbeit zu erwecken, veranstaltete der Deutsche Textilarbeiterverband im Frühjahr 1910 entsprechend der Zahl seiner Gauen zwölf Arbeiterinnenkonferenzen, die von circa 400 Arbeiterinnen aus 200 Orten besucht waren. Auf diesen Konferenzen wurde beschlossen, daß halbjährliche Bezirkskonferenzen der Delegierten der ersten Konferenzen einberufen werden sollten, und daß die Delegierten vierteljährlich durch eine zu wählende Vertrauensperson an die Zentrale zu berichten haben. Dem Beschluß, Bezirkskonferenzen einzuberufen, kam bis jetzt nur ein Gau nach, Hannover, der im vorigen Jahre zwei Arbeiterinnenkonferenzen abhielt. Auf diesen beiden Tagungen wurden die Fortschritte rückhaltlos anerkannt, die unsere tätigen Gewerkschafterinnen auf dem ihnen zugewiesenen Wirkungsbereich erzielt haben, und die Befriedigung über die Heranziehung der Frauen zur Mitarbeit kam rückhaltlos zum Ausdruck. Die Berichterstattung der Delegierten, beziehungsweise Vertrauenspersonen ist noch nicht so, wie sie sein müßte, damit der Vorstand Gelegenheit hätte, die Fortschritte stetig beobachten zu können. Es wurde deshalb eine Umfrage bei allen Filialen darüber veranstaltet, wie die weiblichen Mitglieder sich an den Verwaltungs- und Agi-

ationsarbeiten beteiligten. Die ausgegebenen Fragebogen beantworteten 218 von 820 Filialen. Von den 218 berichtenden Filialen verzeichneten 102 keine mitarbeitenden weiblichen Organisierten, 5 dieser Filialen hatten Geschäftsführer. 8 Filialen mit Geschäftsführern berichteten überhaupt nicht. Die Umfrage ergab, daß in den 218 berichtenden Filialen insgesamt tätig waren: in den Filialvorständen 144 Frauen, als Revisoren 68, als Mitglieder der Arbeiterausschüsse 221, in Branchen-, Lohn- und Agitationskommissionen 497 Arbeiterinnen. Als Delegierte der Krankenkassen fungieren 409, als Kartelldelegierte 62 unserer weiblichen Mitglieder. Dazu kommen noch 5 Gauvorstände, in denen je eine organisierte Arbeiterin mit tätig ist. Außerdem hat der Gau Hannover eine aus 5 Arbeiterinnen bestehende Bezirkskommission, die die Agitation im Gau zu überwachen haben, so daß insgesamt 1421 Kolleginnen, darunter 2 besolde, sich an den Verbandsarbeiten beteiligten. Unter zusammen circa 132000 Mitgliedern zählt der Verband gegenwärtig 49000 weibliche. Von den 4 Gauen mit der höchsten Zahl weiblicher Mitglieder haben tätige Gewerkschafterinnen:

|  |     |
|--|-----|
| Gau 1, Hannover, von 4786 weiblichen Mitgliedern . . . | 248 |
| • 8, Gera, • 9748 • • • • •                            | 301 |
| • 10, Chemnitz, • 7250 • • • • •                       | 140 |
| • 13, Berlin, • 6777 • • • • •                         | 259 |

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen stellen eine ständig wachsende Zahl von Delegierten zu den Krankenkassen. Immerhin aber bedarf es bei jeder bevorstehenden Wahl der intensivsten Agitation, um überall da, wo es möglich ist, die Arbeiterinnen zur Ausübung ihres Wahlrechts anzuhalten. Denn nur wenige der 409 Delegierten fungieren als Vertreterinnen bei den Ortskrankenkassen. In der Textilindustrie dominieren die Betriebskrankenkassen. Im Berichtsjahre meldeten nach dem „Reichsarbeitsblatt“ 548 Betriebskrankenkassen der Textilindustrie durchschnittlich im Monat 109168 weibliche Kassenmitglieder. Die Zahl der weiblichen Delegierten in den Betriebskrankenkassen würde wesentlich höher sein, wenn nicht die in vielen dieser Institutionen geübte Wahlpraxis die Arbeiterinnen um ihr Wahlrecht brächte. Wenn man annehmen wollte, daß die 409 weiblichen Kassenvertreter nur diese eine Funktion ausüben, so würden nach ihrem Abzug von den 1421 erfahnten tätigen Gewerkschafterinnen doch noch 1012 übrig bleiben, die nach ihrer Veranlagung in verschiedener Weise für den Ausbau unserer Organisation mitwirken. Die Gesamtzahl dürfte aber erheblich höher sein, denn wir täuschen uns sicher nicht in der Annahme, daß keineswegs alle die 102 Filialen, welche die Umfrage nicht beantwortet haben, ohne mitarbeitende weibliche Mitglieder sind. Bei der großen Wichtigkeit der Arbeiterinnenagitation und -organisation für den Textilarbeiterverband ist es bedauerlich, daß nicht alle Filialen diesem Zweige der gewerkschaftlichen Arbeit die gleiche Aufmerksamkeit zuwenden. Einige Filialen, die sich besonders gut entwickeln, anerkennen es, daß sie die schnelle Steigerung ihrer Mitgliederzahl zum größten Teil der regen Mitarbeit der Frauen verdanken.

Die Feststellungen der Umfrage können wohl als Beweis dafür gelten, daß die vom Vorstand einberufenen Arbeiterinnenkonferenzen mitbringend gewirkt und eine beachtenswerte Zahl weiblicher Kräfte hervorgezogen und entwickelt haben, die für die Organisation mit Eifer und Erfolg tätig sind. Damit sind auch die Zweifler widerlegt, die sich von den Konferenzen nichts versprochen und gegen die Mitarbeit der Frauen Bedenken hegten. Der bisherige Erfolg kam auch dadurch nicht verkleinert werden, daß sich unter den tätigen Gewerkschafterinnen viele befinden mögen, die mehrere Funktionen ausüben, und darum auch mehr als einmal gezählt worden sind. Die Mitarbeit der Frauen ist als wertvoll anerkannt worden und verdient uneingeschränktes Lob. Die den tätigen Gewerkschafterinnen liebgewordene Betätigung wird ein Ansporn zu weiterer Arbeit und höheren Leistungen sein. Die Filialen aber, die noch keine Mitarbeiterinnen für die Agitation entdecken, werden aus dem Beispiel anderer Zahlstellen die Nutzenanwendung ziehen, daß sie mehr als bisher die Arbeiterinnen mit Verwaltungs- und Agitationsarbeiten betrauen müssen. Die Konferenzen haben dazu beigetragen, das Selbstbewußtsein der Arbeiterinnen zu stärken: sie wissen, daß sie im Rahmen der Organisation Gleichberechtigte und Gleichverpflichtete sind und in der Folge hier eine Stellung einnehmen, die ihnen Staat und Gesellschaft auf anderen Gebieten noch immer verweigert. Für die Entwicklung des Textilarbeiterverbandes ist das alles zweifellos von guter Bedeutung.

**Aus der Holzindustrie.** Ein eigenartiger Kampf ist vor kurzem in der Fürthener Spiegelrahmenindustrie zu Ende geführt worden. Wurden doch hier durch die von den Arbeitern verhängte Arbeitsruhe in erster Linie die Fabrikanten in ihren Streitigkeiten mit den Exporteuren gestützt. Dieser Vorgang läßt sich nur aus

den besonderen Verhältnissen des Industriezweigs erklären. Für Spiegelgläser und Spiegelrahmen ist Fürth einer der bedeutendsten Erzeugungsorte Deutschlands. In Betracht kamen in diesem Falle die Rahmen aus Holz, wie sie für Wand- und Pfeilerpiegel verwendet werden. In diesem Zweige der Industrie sind 800 bis 700 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, deren ausländige Organisation der Deutsche Holzarbeiterverband ist. Die Fabrikanten liefern ihre Erzeugnisse zumeist an Exporteure, die die Ware besonders auch nach dem Ausland vertreiben. Die Aufträge sind stark von der Saison abhängig, und die Exporteure bemühen ihre kapitalkräftigere Stellung, um durch Zurückhalten mit Aufträgen in der ruhigen Zeit billigere Angebote der Fabrikanten zu erzwingen. Dadurch bekommen aber die Arbeiter die Unbillen der Saisonarbeit in gesteigertem Maße zu spüren: Antreiberei und Überstunden einerseits und Verdienst- und Arbeitslosigkeit andererseits. So hat zum Beispiel die Zahlstelle Fürth des Holzarbeiterverbandes bei rund 2000 Mitgliedern in den ersten sechs Wochen dieses Jahres allein 7400 Mk. zur Unterstützung der Arbeitslosen aufwenden müssen. Infolge einer Preiserhöhung der Fabrikanten zogen nun die Exporteure ihre Aufträge ab 2. Februar von den vier größten Betrieben ganz zurück, wodurch Mitte Februar 550 Arbeiter beschäftigungslos wurden. Da aber die kleineren Betriebe zu den alten niedrigeren Preisen weiter liefern wollten, hätten die Exporteure ihre augenblicklichen Bestellungen erfüllen können. Zugleich wäre dadurch der Kampf und natürlich auch die Arbeitslosigkeit ins Unbestimmte verlängert worden. Die in den kleinen Betrieben beschäftigten Rahmenmacher sprangen aber ihren Arbeitsbrüdern in den großen Betrieben bei, sie beschloßen, die Arbeit niederzulegen und so die Erledigung des Streites zwischen Exporteuren und Fabrikanten zu beschleunigen. Damit wurde die Zeit der Arbeitslosigkeit in den großen Betrieben abgekürzt, deren Arbeiterschaft stark unter dem vielen Auslegen gelitten hatte. Diese Behandlung des Solidaritätsgefühls hat Erfolg gehabt. Die Unterbindung ihrer Lieferfähigkeit zwang die Exporteure zu einem schnelleren Entgegenkommen. So konnte denn nach zwei Wochen die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen werden. Die Arbeiter fordern nun aber von ihren Fabrikanten als Gegenleistung, daß künftig bei schlechterem Geschäftsgang die Arbeitszeit nach jeweiliger Vereinbarung einheitlich verkürzt werden soll, damit sie den Arbeitsmangel auf breiteren Schultern tragen können.

**Arbeitslofenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband.** Die Februarzählung ergab am Stichtage bei insgesamt 184728 Mitgliedern — 84623 männlichen und 50103 weiblichen — 885 Arbeitslose, darunter 234 weibliche. Als auf der Reise befindlich wurden am gleichen Tage 115 arbeitslose Mitglieder gemeldet, davon 6 weibliche. 27 Filialen mit 1842 Mitgliedern haben sich nicht an der Zählung beteiligt. Von der Februarzählung wurden insgesamt 98,6 Prozent der Mitglieder erfasst.

## Notizenteil.

### Dienstbotenfrage.

**Der Jahresbericht der Hausangestelltenorganisation in Nürnberg** wurde in der letzten Mitgliederversammlung statt. 22 Versammlungen und 5 Ausflüge haben im letzten Jahrestatgefunden, und zwar durchgehends Sonntags. In den Versammlungen wurden unter anderem über folgende Fragen Vorträge gehalten: „Die Notwendigkeit der Organisation“, „Streitfragen im Dienstbotenleben“, „Die Reichsversicherungsordnung“, „Weihnachtsgeschenke“, „Kulturelle Fortschritte“. 14 Mitgliedern wurde Rechtsschutz gewährt. Drei der Fälle fanden durch den Rechtsanwalt ihre Erledigung, die übrigen durch die Vermittlung der Vereinsvorsitzenden, so daß der kostspielige Weg einer Klage beim Amtsgericht meist nicht beschritten zu werden brauchte. Der Streitwert betrug zusammen 603,85 Mk.; die 14 Mitglieder erhielten insgesamt 429,85 Mk., zwei von ihnen mehr als 100 Mk. Für 8 Mitglieder wurde eine Lohnaufbesserung von monatlich 5 Mk. und eine Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden täglich — zwischen 2 und 4 Uhr nachmittags — erzielt. Die Einnahmen und Ausgaben schlossen zusammen mit 9015,07 Mk. ab; der Kassenbestand beträgt 417,69 Mk. 20 Mitglieder erhielten Krankenunterstützung im Betrag von insgesamt 289,50 Mk. Beitragsmarken wurden 8142 verkauft. Die Zahl der Mitglieder beträgt 877, doch ist ihr Ab- und Zugang immer noch sehr stark. Außerordentlich viele Auskünfte in Dienstbotenstreitigkeiten hatte das Arbeitersekretariat zu erteilen. Die Mitgliederversammlung befaßte sich auch mit dem ersten Verbandstag der Hausangestellten, der im kommenden Frühjahr in Berlin stattfinden wird. Es wurde ein

kurzer Rückblick über die Entstehung der auf gewerkschaftlichem Boden stehenden Dienstbotenbewegung gegeben, die 1906 von Nürnberg ausging und 1909 zur Gründung des Zentralverbandes führte. Hierauf nahm die Versammlung einen Antrag an, daß die Berechnung der Mitgliederzahl nach den verkauften Beitragsmarken erfolgen solle. Zum Verbandstag wurde die Vorsitzende, Fraulein Grünberg, einstimmig als Vertreterin ausersehen. +

### Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Die Jahreskonferenz der Liga für die Interessen der erwerbstätigen Frauen in Großbritannien ist wieder wie üblich dem Kongreß der „Arbeiterpartei“ vorangegangen. Sie hat also Anfang Januar in Birmingham getagt. Der Jahresbericht stellte das Gelingen der „Liga“ fest. Die Zahl der ihr angeschlossenen Zweigorganisationen ist von 85 auf 110 gestiegen, so daß ihr nun das Recht zusteht, sich durch zwei Delegierte auf den Kongreß der „Arbeiterpartei“ vertreten zu lassen. Von ihrer Tätigkeit wurde besonders erwähnt: die Aktion, damit die Heimarbeiterin von der Beitragspflicht zu den Kosten der Versicherungspflicht entbunden würde; die Agitation zugunsten obligatorischer Vadebelegenheit für die Vergarbeiter; die Stellungnahme zur Wahlrechtsfrage; die Pflege internationaler Beziehungen mit den ausländischen Sozialistinnen mittelst des „Britischen Internationalen Sozialistischen Frauenrats“. Genossin King, die die Konferenz im Namen des Zweigvereins Birmingham bewillkommnete, erklärte, das erfreuliche Erwachen des Proletariats dieser Stadt im letzten Jahre würde noch vollständiger gewesen sein, wenn es mehr aufgeklärte Frauen gegeben hätte. „Mögen die Organisationen der Männer noch so mächtig sein,“ rief sie aus, „sie besitzen nicht die vorwärtstreibende Kraft, die den Frauen eigen ist.“ Die Eröffnungsrede der Vorsitzenden Schwester Kerrison gedachte des schweren Verlustes, den die „Liga“ im letzten Jahre durch den Tod ihrer beiden verdienstvollen Begründerinnen und Führerinnen erlitten hat: durch den Tod der Genossinnen Middleton und MacDonald. Sie brachte dann stark das Bewußtsein internationaler Solidarität zum Ausdruck, indem sie begeistert des glänzenden Wahlsieges der deutschen Sozialdemokratie und der nicht weniger glänzenden Mitarbeit der Genossinnen dabei gedachte. Schließlich verbreitete sie sich eingehend und lichtvoll über die gewaltige Gärung, die sich seit dem letzten Jahre im großbritischen Proletariat zeigt. Die bürgerliche Welt bezeichnet sie als „die bellagenwerteste Arbeiterunruhe“, Genossin Kerrison dagegen möchte sie das große Erwachen des englischen Proletariats nennen. „Die Arbeiter verlangen einen Platz an der Sonne,“ so sagte sie, „Zeit und Gelegenheit, sich der Schönheiten des Lebens zu freuen. Das ist mehr als ein bloß egoistisches und materielles Verlangen. Die Männer und Frauen der Arbeiterklasse sind sich der Würde ihrer Mannheit, ihres Weibstums bewußt geworden.“ Die Frauen müssen an der in Fluß gekommenen Bewegung mit ganzem Herzen teilnehmen, denn sie leiden am meisten unter der Teuerung des Lebensunterhaltes und allen Plagen der Armut. Der Gedanke erfüllt mit Stolz, daß Mitglieder der „Liga“ in den vordersten Reihen standen, als schlecht entlohnte Arbeiterinnen sich erhoben, sich organisierten, für bessere Arbeitsbedingungen kämpften. Als nächstes Ziel der Bewegung betrachtet Genossin Kerrison die Erringung eines gesetzlich garantierten Minimallohns für Arbeiter und Arbeiterinnen, eines Lohnes, der eine menschenwürdige Existenz sichert; gesunde Wohnungen mit frischer Luft und reinem Wasser; Speisung und hygienisch gute Kleidung für jedes bedürftige Kind; die Errichtung von Schulkliniken; die organische Verbindung der Volksschulen mit den Hochschulen. Im Interesse der erwerbstätigen Frauen forderte die Rednerin außerdem besonders nachdrücklich das allgemeine Frauenwahlrecht. Genossin Macarthur, die Seele der „Liga der Frauengewerkschaften“, betonte in ihrer Ansprache namentlich die Bedeutung des Zusammenwirkens der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Auch sie begrüßte freudig das Erwachen des Proletariats in Großbritannien und prophezeite, daß die vorjährige Bewegung trotz ihrer Stärke und ihres Umfanges als ein Nichts erscheinen werde neben den aufziehenden künftigen sozialen Gewittern. Mit besonderer Befriedigung rühmte sie, daß die Arbeiterinnen nicht minder wie die Arbeiter von der Bewegung erfasst seien, ja daß sie sich hier und da aufgeweckter, klarer zeigten als die Männer. Aus allen Teilen des Landes erhält die „Frauengewerkschaftsliga“ Aufforderungen von Arbeiterinnen, sie zu organisieren, da sie für bessere Arbeitsbedingungen in den Streik treten, kämpfen möchten. „Niemand

bevor haben wir eine ähnliche Zeit kennen gelernt,“ rief Genossin Macarthur bewegt aus, und sie schloß mit der Hoffnung, daß die Entwicklung der „Liga für die Interessen der erwerbstätigen Frauen“ bald die der beiden großen bürgerlichen Frauenorganisationen in den Schatten stellen werde: den „Verband liberaler Frauen“ und die konservative „Primroselig“, so genannt nach der Lieblingsblume, dem Himmelschlüssel (englisch primrose), des großen englischen Staatsmannes Disraeli. Die vorstehenden Ausführungen unserer Genossinnen Kerrison und Macarthur spiegeln ihrerseits den sich abzeichnenden Amschwung in dem Denken und der Haltung der Arbeiterklasse Großbritanniens wider, wie er vom Genossen Rothstein in seinen Artikeln über Massenstreikbewegungen geschildert worden ist, und wie ihn der gewaltige Vergarbeiterstreik jetzt auch den blödesten Augen sichtbar macht.

Was die Arbeiten der Konferenz anbelangt, so erwähnen wir zuvörderst die Stellungnahme zu zwei der wichtigsten Fragen. Nach Verhandlungen, die vom Geiste echter sozialistischer Brüderlichkeit erfüllt waren, stimmten die Delegierten der „Liga“ einer Resolution zu, welche scharfen Protest gegen die volksfeindliche geheime Regierungsdiplomatie in der auswärtigen Politik erhebt und die Entscheidung darüber durch das Parlament fordert. Des weiteren gelangte eine Resolution zur Annahme, die die parlamentarische „Arbeiterpartei“ auffordert, jede Wahlrechtsreform abzulehnen, die nur das Bürgerrecht des Mannes erweitert und nicht auch das allgemeine Frauenwahlrecht bringt. Beide Resolutionen sind von den Vertreterinnen der „Liga“ auf dem Kongreß der „Arbeiterpartei“ eingebracht und begründet worden und haben dort eine Majorität gefunden. Von der Wahlrechtsresolution haben wir dies bereits in letzter Nummer mitgeteilt. Der Mangel an Raum zwingt uns, weiteres über die Verhandlungen und die gefaßten Beschlüsse der Konferenz bis zur nächsten Nummer zurückzustellen. Zum Schluß nur noch soviel, daß die Konferenz als die erfolgreichste aller bisherigen Tagungen der „Liga“ angesprochen werden konnte.

I. K. Ein Fest der Wiener Genossinnen fand aus Anlaß des zwanzigjährigen Bestehens der „Arbeiterinnen-Zeitung“ statt. Es hat sich zu einer glänzenden Parteilust gestaltet. In dem schönen großen Saal des Dittlinger Arbeiterheims wurde das Jubiläum begangen, und aus den entlegensten Vororten waren die Genossinnen und Genossen herbeigeeilt, um an ihm teilzunehmen. Viele Vertrauensmänner der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen nahmen an dem Feste teil, und aus Wien in Nordböhmen war Genossin Altmann gekommen, eine unserer ältesten Kämpferinnen, die im Jahre 1880 bei der Gründung des ersten Arbeiterinnenvereins in Wien referiert hat. Die Festrede hielt Genossin Popp. Für die deutschösterreichische sozialdemokratische Partei sprach Genosse Viktor Adler. Und es waren schöne und herzliche Worte, die er an die Anwesenden richtete, Worte der aufrichtigsten Anerkennung für die proletarische Frauenbewegung. Das ganze Programm des Festes war so gehalten, daß es dem Charakter und der Würde des Zweckes entsprach. Es hat sicher beigetragen, die Begeisterung der Genossinnen für unsere Sache zu erhöhen. Zahlreiche Begrüßungsschreiben und telegraphische Glückwünsche waren uns zugekommen. Für die internationale sozialistische Frauenbewegung hatte Genossin Zetkin ein Telegramm geschickt, die Sympathie der deutschen Genossinnen kam in einem Schreiben von Genossin Pleg zum Ausdruck. Große Freude erweckte bei den Genossinnen das Gedankbuch, das das Frauenreichs-Komitee aus Anlaß des Jubiläums herausgegeben hat, und in welchem zahlreiche Kämpferinnen der österreichischen Arbeiterinnenbewegung zu Worte gekommen sind. a. p.

### Staatsrechtliche Stellung der Frau.

Die Frauen und das neue Staatsangehörigkeitsgesetz. Der dem Reichstag vorliegende Entwurf des Staatsangehörigkeitsgesetzes hält an dem Grundsatz fest, daß die Ehefrau die Staatsangehörigkeit des Mannes teilt. Der verheirateten Frau wird jede Selbständigkeit in Beziehung auf die Erwerbung und das Aufgeben der Staatsangehörigkeit verweigert. Sie nimmt durch die Heirat die Staatsangehörigkeit des Gatten an und verliert ihre bisherige. Während bestehender Ehe kann sie ohne Zustimmung des Mannes keine Staatsangehörigkeit erwerben, erhält dagegen ohne weiteres diejenige des Mannes, falls dieser die Staatsangehörigkeit wechselt, und ohne daß ihre Zustimmung dazu erforderlich ist. Ehefrauen und minderjährige Kinder stehen in diesem Punkte ganz gleich. Den Antrag auf Entlassung aus einem Staatsverband kann eine Ehefrau überhaupt nicht stellen, er muß immer von ihrem Manne ausgehen, und dieser

kann ihn nur in Verbindung mit dem Antrag auf seine eigene Entlassung aus dem Staatsverband stellen. Die Frage der Staatsangehörigkeit hat für die Frau, und besonders für die Arbeiterfrau, trotz der politischen Rechtlosigkeit auch eine praktische Bedeutung. Diese besteht in Beziehung auf den *Unterstützungswohnsitz*. Es ist selbstverständlich, daß für die Gatten, so lange sie in ehelicher Gemeinschaft leben, nur ein Unterstützungswohnsitz bestehen kann. In den Fällen, in denen die Eheleute getrennt leben, muß der Frau aber die Möglichkeit gegeben sein, sich selbst einen Unterstützungswohnsitz zu erwerben, der für die eheverlassene Frau oft von größerer Bedeutung ist als für den Mann. Deutschen Frauen, die mit bayerischen Staatsangehörigen oder mit Ausländern verheiratet sind, ist es aber weder jetzt möglich, sich selbst einen Unterstützungswohnsitz zu erwerben, noch wird es ihnen unter der Herrschaft des neuen Gesetzes möglich sein, wenn der Entwurf zur Annahme gelangt. Auch dann bleibt ihnen das Recht dazu versagt, wenn sie noch so lange an irgend einem Orte für sich und ihre Kinder das Brot durch ihre eigene Arbeit erworben haben. Nach unserer Gesetzgebung teilen solche Ehefrauen als bayerische Staatsangehörige oder Ausländer die Heimat ihres Mannes. Sie können nicht nur in diese „Heimat“ abgeschoben werden, die sie nie gesehen haben und deren Bürgern sie eine höchst unerwünschte Last sind, sondern im Falle ihrer dauernden Bedürftigkeit wird diese Maßregel zu ihrer „Versorgung“ durchgeführt. Das Schicksal solcher armen Frauen ist ein sehr trauriges. Entbehrungen und seelische Qualen reiben sie gewöhnlich bald auf. Es muß daher zum mindesten verlangt werden, daß allen *allein lebenden Frauen* — nicht nur, wie es der Entwurf will, den gerichtlich geschiedenen — die Möglichkeit gegeben wird, für sich selbst ohne Zustimmung des Mannes die Staatsangehörigkeit zu erwerben. Gegen diese Forderung läßt sich nicht einwenden, daß die getrennt lebende Frau durch Herbeiführung der Scheidung sich die Selbständigkeit zum Erwerb der Staatsangehörigkeit verschaffen kann. Die Scheidung ist in vielen Fällen recht schwer durchzuführen, auch in Deutschland, und es gibt genug Frauen, die sich nicht entschließen können — sei es aus religiösen oder anderen Gründen — ihre Ehe scheiden zu lassen. Man mag diese Gründe für richtig halten oder nicht, jedenfalls müssen sie respektiert werden. Der Staat, der durch die Gestaltung des Familienrechts die Ehescheidung erschwert und hiermit ausdrückt, daß er die Unlösbarkeit des Ehestandes für erstrebenswert hält, hat jedenfalls kein Recht, durch Benachteiligung die Frau zu bestrafen, die der gleichen Anschauung ist. Das Interesse des weiblichen Geschlechts erfordert also die Beseitigung der Bestimmungen, die der Ehefrau das Recht vorenthalten — auch wenn sie wirtschaftlich allein steht —, sich die Staatsangehörigkeit zu wählen. Nach den Berichten über die ersten Verhandlungen der Kommission des Reichstags, der die Vorlage überwiesen worden ist, scheint auf Erfüllung auch der bescheidensten Forderungen der Frauen nicht zu rechnen zu sein. Bisher sind alle Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt worden, die die Selbständigkeit der Frau heben wollten. H.

### Frauenstimmrecht.

Der sozialdemokratische Frauenwahlrechtstag in Deutschland findet am 12. Mai statt. Die Demonstration wird wieder wie im vorigen Jahre von der sozialdemokratischen Partei organisiert und von der Gewerkschaftsbewegung kräftig unterstützt. Die Parteinstanzen, darunter natürlich insbesondere das Frauenbureau, bereiten sie in sorgfältiger Weise vor. Die politische und gewerkschaftliche Arbeiterpresse soll ihr Möglichstes tun, um der Kundgebung die Beteiligung der proletarischen Massen zu sichern. Flugblätter werden in der gleichen Richtung wirken. Der Frauentag selbst wird wieder durch Demonstrationsversammlungen begangen, die „Gleichheit“ gibt wie im Vorjahr ein besonderes Frauenwahlrechtshalt heraus. So glänzend der erste sozialdemokratische Frauentag ausgefallen ist: die heutige Veranstaltung muß ihn übertreffen. Nach Zahl, Umfang und Charakter der Versammlungen muß sie eine Steigerung unserer Aktion darstellen, die sich dem gewaltigen Wahlsieg vom 12. Januar an, die Seite stellt und unseres großen sozialistischen Zieles würdig ist. Daß eine solche Kundgebung zustande kommt, hängt in erster Linie von unseren Genossinnen selbst ab. Sie müssen bei diesem neuen Vorstoß für volles politisches Frauenrecht in der gesamten Arbeiterbewegung und in den proletarischen Frauenmassen die treibenden Kräfte sein. Den Beispielen ihres Eifers, ihrer Begeisterung und Zielklarheit muß hier wie dort alle Energien zu lebendiger Wirksamkeit bringen. Gute Vorarbeit für den Erfolg des Frauentags können die Genossinnen in diesen Wochen durch die

unermüdlige Kleinarbeit der persönlichen Agitation leisten, ferner auch dadurch, daß sie in allen Versammlungen und namentlich bei der Matinee auf unsere Kundgebung hinweisen. In Dörfen reich findet der Frauentag ebenfalls am 12. Mai statt, und unsere Genossinnen dort rüsten sich voller Begeisterung für die Demonstration. Auch in Holland sind unsere Genossinnen eifrig am Werke, um einen Frauenwahlrechtstag vorzubereiten, der wahrscheinlich ebenfalls auf den 12. Mai verlegt wird.

Der Frauentag, die sozialdemokratische Demonstration für das Frauenwahlrecht in der Schweiz, ist endgültig auf den 17. März festgesetzt worden. Er wird vom Zentralvorstand des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes organisiert und von unserer Partei wie den Gewerkschaften unterstützt. Zur Agitation für das Frauenwahlrecht findet eine große Anzahl öffentlicher Versammlungen statt, in denen so viel als möglich Genossinnen die Forderung vollen Bürgerrechts für das weibliche Geschlecht begründen. Der Zentralvorstand des Arbeiterinnenverbandes gibt außerdem ein entsprechendes Flugblatt heraus, das unentgeltlich zur Verteilung gelangt, und die „Vorläuferin“ läßt eine besondere Agitationsnummer erscheinen. Wir hoffen mit unseren schweizerischen Genossinnen, daß ihre Demonstration ein großer Erfolg sein wird. Aus allen Ländern strecken sich ihnen glückwünschend und Solidarität bekundend Hunderttausende proletarischer Frauenhände entgegen.

Das Frauenwahlrecht vor dem sächsischen Landtag. Müßen wir es noch besonders sagen, daß es die Sozialdemokratie war, die die Forderung vollen Bürgerrechts für das weibliche Geschlecht vor die sächsischen Gesetzgeber gebracht und mit aller Energie verteidigt hat? Für jeden Kenner deutscher Verhältnisse versteht sich das von selbst. Die sozialdemokratische Fraktion hatte dem genannten Parlament einen Antrag vorgelegt, der das allgemeine geheime, gleiche, direkte Wahlrecht zur sächsischen Zweiten Ständekammer für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger forderte, ebenso das Proportionalwahlrecht und die Festsetzung des Sonntags als Wahltag. Der Antrag stand am 5. März zur allgemeinen Vorberatung. Genosse Fleißner begründete ihn in eingehender trefflicher Rede, in der er nachdrücklich das Frauenwahlrecht forderte. Unser Genosse legte dar, daß die wertvollen, unentbehrlichen Leistungen der Frauen als Arbeiterin, Mutter, Hausfrau die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts vollauf rechtfertigen. Die Frau werde als Steuerzahlerin vom Staate erfaßt, sei vor dessen Gesetzen verantwortlich und leide unter allen politischen Einrichtungen und Maßnahmen, wie namentlich jetzt die künstliche Steigerung der Lebensmittelpreise durch die Wirtschaftspolitik des Reiches beweise. Sie nehme in steigendem Maße an der öffentlichen Verwaltung teil und habe sich hier gut bewährt. Schließlich zeigte Genosse Fleißner das Beispiel der Staaten, in denen das weibliche Geschlecht bereits ganz oder zum Teil Bürgerrecht in Gemeinde und Staat erhalten hat. Wer unsere bürgerlichen Parteien kennt, obendrein in ihrer schlechtesten Ausgabe, wie sie den sächsischen Landtag zielt, der weiß auch im voraus, daß die sozialdemokratische Befürwortung des Frauenrechts nur tauben Ohren begegnete.

Der nationalliberale Abgeordnete Nischke antwortete so recht als Vertreter der Fraktion Drehschreiber. Aber die Sache selbst sah der Herr nicht gut unterrichtet zu sein, denn er konnte unserem Genossen Fleißner „nur auf Wort glauben“, daß im Ausland schon hier und da das weibliche Geschlecht Bürgerrecht besitze. Von den Wirkungen der Neuerung ist ihm offenbar nichts bekannt, und er frug als naive Unschuld vom Lande: „Sind die Zustände so, daß wir ihnen nachstreben müssen?“ Nachdem er zuerst recht abgebrauchte Gemeinplätze gegen das Frauenwahlrecht zusammengefaßt hatte, endete er schließlich mit einem freundlichen Gähndewinken für die Reform in der nebelgrauen Ferne eines nationalliberalen Sankt Nimmerlein. Herr Nischke sagte: „Zur Ausübung der politischen Rechte ist die Frau nicht so befähigt wie der Mann, das werden Sie ohne weiteres zugeben; sie befaßt sich nicht soviel mit staatlichen und politischen Fragen, und wir halten das durchaus nicht für ein so großes Unglück. Der Einfluß der Frau ist ja trotzdem nicht ausgeschaltet; es ist der Frau möglich, im Interesse des Staates und des Volkes sich zu betätigen, wenn sie nur will; und das wird sie am wirkungsvollsten tun, wenn sie sich in dem ihr von der Natur zugewiesenen Kreise bewegt, wenn sie ihre Pflicht als Frau und als Mutter voll und ganz erfüllt. Wenn von den Gegnern des Frauenstimmrechts gesagt wird, daß die militärische Dienstpflicht von der Frau nicht geleistet zu werden braucht, und daß sie aus diesem Grunde kein Wahlrecht haben dürfe, so soll das für uns nicht ausschlaggebend

sein, denn wir meinen, daß das Wahlrecht keine Gegenleistung ist für die dem Staate dargebrachte Leistung. Wenn es heute Befürworter eines Frauendienstjahres im allgemeinen Interesse und in sozialem Sinne gibt, so läßt sich dieser Gedanke wohl erwägen, ohne daß das Stimmrecht damit in Verbindung gebracht wird. Wir wollen der Frau den Weg zum Wahlrecht nicht für alle Zeit verbauen, wir wollen diesen Gedanken ganz der Entwicklung anheimgeben, aber zunächst sind wir der Meinung, daß es in dem Staatswesen am besten bestellt ist, in dem die Männer für gute Gesetze und die Frauen für gute Sitten sorgen."

Der konservative Abgeordnete Schmidt ließ gegen die Forderung der Sozialdemokratie wieder die alte Leier erklingen, daß durch die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts die Familie und der Staat zerstört werden solle. Man muß seine törichten Behauptungen lesen, um sie für möglich zu halten. Hier sind sie: „Bei aller Anerkennung für die sonstigen Vorzüge der hohen Weiblichkeit huldigen wir entschieden dem Grundsatz, den das alte lateinische Sprichwort schon ausdrückt: „mulier taceat in ecclesia.“ Meine Herren! Die Frau hat im Rate der Männer zu schweigen, dieser Ansicht sind auch wir heute noch, und zwar aus dem Grunde, weil wir den Beruf der Frau ganz anders und in einem viel idealeren Sinne auffassen, und weil wir ferner wissen, daß durch die Politik, durch das Wahlrecht der Frau, daß man dadurch nur zu einer Zerrüttung des Familienlebens kommen würde, und die Familie ist die Grundlage des Staates. Die Sozialdemokratie handelt hier wieder zielbewußt. Sie sagt sich: Schaffen wir etwas, was die Familie zerrütet, so schaffen wir eine Zerrüttung der Grundlagen des Staates, und der Staat wird mürbe und zuletzt fällt uns die Herrschaft in die Hand. (Lachen links.) Meine Herren! Was sollen für Verhältnisse gezeitigt werden, wenn man den Frauen das Wahlrecht gibt? Was soll werden, wenn der Mann müde und abgearbeitet nach Hause kommt und glaubt, es sich gemächlich machen zu können, und erfährt, daß seine Frau in eine Wahlversammlung gegangen ist? (Heiterkeit.) Er wird sich nicht sehr gemächlich zu Hause vorkommen, und da läuft er in die Kneipe und die Kinder bleiben allein und aufsichtslos zu Hause. Die Erziehung leidet darunter. (Zuruf links.) Der Herr Abgeordnete Müller ruft mir eben etwas zu, wahrscheinlich will er sich dann der armen Kinder annehmen (Heiterkeit!), will die Amme dabei spielen. (Zuruf links: Das möchten Sie so machen, was?) Die Sozialdemokratie handelt zielbewußt, sie sagt sehr richtig: Du müßt die Grundlagen des Staates zerrütten, dann fällt der Staat dir selbst zu."

Nachdem der tapfere Herr Schmidt den Staat vor der Gefahr gerettet hatte, von der bösen Sozialdemokratie mittels des Frauenwahlrechts meuchlings „umgestürzt“ zu werden, blieb dem fortschrittlichen Abgeordneten Günther nichts mehr zu tun übrig. Dieser eigenartige „Demokrat“ war sehr beredt, um das Kunststück fertig zu bringen, in einem Atem sich für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu erklären und den sozialdemokratischen Antrag zu verdammen, der es für alle mündigen Staatsbürger forderte. Er fand nicht das armseligste Wort, um das politische Recht des weiblichen Geschlechts zu verteidigen. Wahrscheinlich aber werden die „liberalen“ Frauenrechtlerinnen in der Bescheidenheit ihres bürgerlichen Herzens den Herrn noch dafür belobigen, daß er wenigstens nicht gegen die Forderung gesprochen hat. Dem Frauenwahlrecht erstand nur noch ein Verteidiger in unserem Genossen Frähdorf, der vor Schluß der Debatte zu Worte kam. Unter Hinweis auf die Gefahren und Opfer des Wochenbetts betonte er, daß die Frau als Gebärerin so viel für das Vaterland aufs Spiel setze wie der Mann als Soldat. Und er nagelte den Widerspruch, die Unkonsequenz fest, mit der die Gegner des Frauenwahlrechts schreien, daß die Sitte und Sittlichkeit durch das Hinaustrreten des Weibes in die politische Arena gefährdet werde, aber nicht darauf bedacht sind, Sitte und Sittlichkeit gegen die Bedrohung durch die kapitalistische Ausbeutung zu schützen. — Der Antrag der Sozialdemokratie wurde mit allen bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Wir veröffentlichen in der nächsten Nummer die Rede des Genossen Fleißner, die unseren Genossinnen bei der Agitation für unseren sozialdemokratischen Frauenwahlrechtstag gute Dienste leisten wird.

**Das Frauenwahlrecht vor dem Kongreß der katholischen Demokraten in Belgien.** Der letzte Kongreß der Römisch-Katholischen Demokraten Belgiens, der in Courtrai stattgefunden hat, beschäftigte sich mit der Frage des Frauenwahlrechts. Das Referat dazu erstattete Fräulein Van den Plas. Es brachte eine Widerlegung der Einwände, die gegen das Frauenwahlrecht erhoben

werden. Zur Annahme gelangte folgende Resolution: „Die verschiedenen Gründe gegen das Frauenwahlrecht halten einer durchaus unparteiischen Prüfung nicht stand. Andererseits würde die Beteiligung der Frauen an den Gemeindef-, Provinzial- und auch den Staatswahlen Sittlichkeit, Ordnung und Wohlstand der Nation fördern, denn die Länder, welche den Frauen irgendeine Art des Wahlrechts gewährt haben, ernteten dank der Neuerung viele Vorteile und litten nicht unter den prophezeiten Mißständen. Der Kongreß erklärt es daher für dringlich, daß das belgische Parlament im Falle einer Reform des geltenden Wahlgesezes den Frauen die nämlichen Wahlrechte zuerkennt wie den Männern, und das unter den gleichen Bedingungen, die für diese gelten.“ Ein Teil der nichtdemokratischen Merkmalen in Belgien liebäugelt bekanntlich schon seit längerer Zeit wenigstens gelegentlich mit dem Frauenwahlrecht.

**Politische Gleichberechtigung der Frauen in China.** Wie andere bedeutende revolutionäre Kämpfe, so hat auch die Revolution in China die Frau als Verfechterin politischer Freiheit und gesellschaftlicher Umgestaltung in die Öffentlichkeit gerufen. Frauen haben mit allem Opfermut die revolutionäre Erhebung in aller Stille mit vorbereitet helfen; Frauen haben in jeder Weise die Kämpfenden unterstützt; Frauen sind selbst mit den Waffen in der Hand zu Kämpferinnen gegen die alten knechtenden politischen Mächte geworden. Die Republik hat unter ihren Verteidigern ein „Amazonenkorps“ von Chinesinnen in militärischer Tracht und Ausrüstung, von den vielen Frauen zu schweigen, die ohne solche Ausstaffierung für die Sache der Revolution gekämpft haben und gefallen sind. Alle die Einzelheiten, die über die Beteiligung der Chinesinnen an der Erhebung berichtet worden sind, weisen darauf hin, daß auch in dem alten Rieseneich Scharen von Frauen nach Erlösung von der bisherigen Gebundenheit, nach Gleichberechtigung verlangen. Dieses Verlangen setzt sich bereits im Süden Chinas durch, dem Hauptherd der Revolution. Dr. Sunjatsen, der Theoretiker und geistige Führer der Revolutionäre, hat der französischen Frauenrechtlerin Dr. Pellerier folgenden Brief geschickt:

„Nanking, den 16. Februar.

Madame! Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß für die Provinzialversammlung von Canton vier Frauen als Mitglieder gewählt worden sind. Ich hoffe, daß die Tatsache von Interesse für Sie sein wird.“

Die Provinzialversammlung für Canton ist das Parlament eines großen, weit fortgeschrittenen Teiles von China.

**Die Einführung des Frauenwahlrechts in Rußland** wird in einem Antrag von den Parteien der Linken in der Reichsduma gefordert. Zur Begründung der verlangten Reform machen sie geltend, daß die Frauen bei der Arbeit auf sozialem Gebiet viel Schaffenskraft und Organisationstalent bewiesen haben, ebenso im Kampfe gegen Trunksucht und Armut und auf dem Felde der Erziehung. Man dürfe erwarten, daß sie sich auch größeren Aufgaben gewachsen zeigen würden. Die Einführung des Frauenwahlrechts werde von großer ethischer Bedeutung für die ganze Nation sein. Nähere Angaben über die Art des geforderten Frauenwahlrechts fehlen. Das geltende Wahlrecht zur Reichsduma ist auf das männliche Geschlecht beschränkt und annähernd so schlecht wie das miserabelste aller Wahlrechtssysteme in Preußen.

**Von den englischen Suffragettes.** Während in Großbritannien der imposante Generalstreik der Bergarbeiter die ganze Kulturwelt in Atem hält und die gekreuzten Arme von mehr als einer Million Lohnslaven der bürgerlichen Gesellschaft zum Bewußtsein bringen, daß sie letzten Endes von der Gnade der Ausgebeuteten lebt, erachten es die Suffragettes für klug, ihre Taktik der bisher üblichen Anrempelungen von Ministern und anderen politischen Persönlichkeiten durch die Tollheit eines systematischen Feldzugs zur Zerstümmung der großen Glascheiben in Geschäftshäusern, Restaurants usw. zu krönen. Mit einem ernstigen Kampfe hat dieser Vandalismus so wenig gemein wie das reaktionäre Ziel der Suffragettes — ein beschränktes Damenwahlrecht — mit der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Der Raumangel zwingt uns, erst in nächster Nummer einen gedrängten Überblick über diese Vorgänge und ihr gerichtliches Nachspiel zu geben. Geradegu ungläublich klingt es und redet Wände von der sozialen Verständnislosigkeit der randallierenden Damen, daß diese sich für ihr Vorgehen auf — den Streik der Bergarbeiter mit seinem Schaden für die bürgerliche Gesellschaft berufen. Zu dem überwältigenden geschichtlichen Ereignis des Bergarbeiterkampfes verhält sich das Wüten der Suffragettes noch nicht einmal wie die plumpe Poffe zum Drama großen Stils.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Jettin (Bundes), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.